

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mittwoch, den 11. Mai 1921

Belegpreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Abschluß 1,40 Pfg. für die Woche, 6,10 Pfg. für den Monat. Durch die Post 1,40 Pfg. für den Monat. Verlagspreis Nr. 23 845 „Sogal“-Verlag e. S. u. S., Breslau. Vertriebspreis-Nachschlag: 11 Pfg. Nr. 8887.

Abgabeort: Die Sogal-Verlags-Druckerei in Breslau Nr. 23 845. Ausgabezeit: 10 Pfg. Anzeigenpreis: Die Zeilenspalte 10 Pfg. für den Tag, 2,40 Pfg. für die Woche, 6,10 Pfg. für den Monat. Die Zeilenspalte 10 Pfg. für den Tag, 2,40 Pfg. für die Woche, 6,10 Pfg. für den Monat. Die Zeilenspalte 10 Pfg. für den Tag, 2,40 Pfg. für die Woche, 6,10 Pfg. für den Monat.

Arbeiterräte in Oberschlesien

Nach den Nachrichten, die uns aus Oberschlesien zu-
gehen, handelt es sich bei der gegenwärtigen Bewegung
durchaus nicht nur um einen nationalpolitischen Aufschwung,
sondern neben der national-politischen Aktion Korfan-
ts geht eine revolutionäre Bewegung der ober-schlesischen
Arbeiter und Bauern gegen die Kapitalisten und Gut-
besitzer einher. In Gleiwitz, Hindenburg,
Zaborze und Bismarckhütte sind politische
Arbeiterräte gewählt. In Bismarckhütte haben sich
die bewaffneten Arbeiter dem Arbeiterrat unterstellt,
der dort die Macht ausübt. Ein ober-schlesischer Räte-
kongress hat bereits stattgefunden. Er wählte einen
Zentralrat mit dem Sitz in Zaborze. In diesem
Zentralrat sind neben den Kommunisten die USA und die
MPS vertreten. Der polnische Bourgeoisie und Korfan-
ts Regierung ist selbstverständlich dieses selbständige
Auftretens des revolutionären Proletariats sehr unange-
nehm.

Im allgemeinen liegen die Dinge im Aufstandsgebiet
so, daß die Gemeinden in der Hand der Nationalpolen,
die Gruben aber in der Hand der Arbeiter sind. Auf der
Zalwa-Hütte kam es bereits zu einem Zusammenstoß
zwischen den Nationalpolen und Arbeitern. Die polnische
Ordnungsbefehlshaber besetzte die Grube, im ganzen suchte aber Kor-
fan-
ts aus berechneten Gründen die Arbeiter gegen-
wärtig noch nicht zu reizen. Allenthalben haben die
Arbeiter die Fabrikdirektoren verjagt und an manchen
Stellen haben die Arbeiter bereits die Wälder der Groß-
grundbesitzer unter sich aufgeteilt. Obwohl ein erheb-
licher Teil der ober-schlesischen Arbeiterschaft gegenwärtig
noch von den national-politischen und sozialdemokratischen
Märfen betört wird, gewinnt doch die rein proletarische
Bewegung unter kommunistischer Führung immer mehr
an Kraft. Die Kommunisten Oberschlesiens verwenden
jede Veranlassung die deutschen wie der polnischen
Arbeiter durch die andere Nationalität. Sie fordern die
Entlassung des Proletariats über die Köpfe der kapitalisti-
schen Ausbeuter und Herrscher hinweg und Bewaffnung der
Arbeiterschicht zum Schutz der besetzten Betriebe.

Die Lage in Oberschlesien

Nach den bis zum 8. Mai abends eintreffenden Meldungen
verläuft die Linie des von den polnischen Aufständigen besetzten
Gebiets vom Norden des Kreises Koselberg beginnend, östlich
Gleiwitz, östlich Pawlow, östlich Turawa, östlich Andryjow, sodann
läuft der Ober bis zur Grenze. Die Stadt Königshütte ist
in den Händen der Aufständigen. Zwischen Gleiwitz und We-
tersdorf hat eine Schießerei stattgefunden. Die deutsche Abwim-
mungspolizei in Gleiwitz wurde von der internationalen Macht ent-
worfen. Ein Anmarsch der Aufständigen auf das Flüchtlingslager in
Zaborze scheiterte. Daraus wurde wiederum von den
Aufständigen besetzt.

Aus Königshütte wird gemeldet, daß eine Massen-
verhaftung von Arbeitern vom Maschtrakt und den
Kreisrentrollen die Bewaffnung forderte, nach der
deutschen Meldung, um gegen das gewalttätige Vorgehen der Polen
und die gewalttätige Verhinderung der Arbeitseinnahme einzurufen
zu können. Drei polnische Spione wurden verurteilt. Die Menge
drana in das polnische Hauptquartier ein. Auf die Mitteilung, daß
zahllose Arbeiter mit Vertretern der Arbeitsschichten nach Osnabrück
gegangen seien und erst ihre Rückkehr abgemeldet werden müßten,
habe sich die Menge zerstreut. Daraus hätten polnische Soldats die Stadt
auf neue besetzt, ohne bei den französischen Truppen Widerstand
zu finden.

Die internationalisierte Kommission in Oppeln hat zwei
Aufträge an die Bevölkerung erteilt, in denen eine für Auf-
rechterhaltung der Ruhe und Ordnung ermahnt.
Der andere fordert die Abweisung von Verleumdungen der Stadt Oppeln
auf. In Katowitz hat die internationalisierte Kommission das Stand-
recht verhängt. Jeder Stillist, der mit Waffen betroffen
wird, wird mit Erschießen bedroht. Alle diese Nachrichten denken
darauf hin, daß die ober-schlesischen Arbeiter in Bewegung sind.

Wie der „Welt Pariser“ mitteilt, hat in der Sitzung des Bol-
schewikerates vom 7. ein Vorschlag der englischen Regierung zu einer
provisorischen Regelung der ober-schlesischen Frage vorgelegen. Da-
nach sollten die Provinzen Masch und Oberrhein den Polen, die
Provinz Westfalen dem linken Oberufer Deutschland zugesprochen werden.
Der britische industrielle Bezirk sollte vorläufig unter alliierter Ver-
waltung bleiben, und in diesem Bezirk sollten sich sämtliche inter-
alliierte Truppen zurückziehen, da es augenblicklich unmöglich sei,
zur Wiederherstellung der Ordnung Verfassungen nach Oberschle-
sien zu senden (englischer Bergarbeiterzeitung).

Nach dem „Tempo“ wurde der englische Vorschlag von Frank-
reich abgelehnt. Ferner seien zwei Vorschläge von der inter-
alliierten Kommission in Oppeln eingingen, der eine von General
Berand, der sich auf den polnischen Standpunkt stellt, ein anderer
von dem italienischen und dem italienischen Kommandeur, der den
Polen nur West und Oberrhein zusprechen will. Der Vorschlagsrat
habe die internationalisierte Kommission aufgefordert, zu einer vermit-
telnden Lösung zu gelangen.
Es ist klar, daß die ober-schlesische Frage so wenig wie durch
die Volksabstimmung durch einen Spruch der Entente gelöst wer-
den wird. Sie wird entschieden durch den Kampf der in Be-
wegung geratenen Kräfte. Es ist bezeichnend für die Ohnmacht
der deutschen Bourgeoisie, daß sie an die internationalisierte Kom-
mission und an die alliierten Ministerpräsidenten appelliert. Eine
Entscheidung nach den Grundfragen des Rechtes und der Gerech-
tigkeit herbeizuführen. Bei diesem Appell fehlen auch nicht der
Vorstand des DGB und die SPD, die es wieder für ihre
Aufgabe halten, den Chor der Bourgeoisie zu verstärken, statt

die Arbeiterklasse zu selbständigem Eingreifen in den Kampf
zu mobilisieren.

(M.A.S.) Paris, 8. Mai.

Wie „Welt Pariser“ mitteilt, hat in der Sonnabend-Sitzung
des Vorkommens ein Vorschlag der englischen Regierung vor-
gelegt, um angesichts der Lage in Oberschlesien zu einer provi-
sorischen Regelung zu gelangen. Die englische Regierung wünscht,
daß unverzüglich die südlichen Bezirke West und Oberrhein den Polen,
und die Bezirke auf dem linken Oberrhein Deutschland zu-
gesprochen werden. Der britische industrielle Bezirk sollte in dessen
unter alliierter Verwaltung bleiben, und in diesem Bezirk
sollten sich sämtliche interalliierte Truppen zurückziehen, da
es augenblicklich unmöglich sei, zur Wiederherstellung der
Ordnung Verfassungen nach Oberschlesien zu entsenden. „Welt
Pariser“ berichtet, daß zwei Vorschläge für die Grenzfest-
setzung von der internationalisierten Kommission in Oppeln eingingen
sind, ein Bericht von General Le Rond, der sich auf den polnischen
Standpunkt stellt, und ein Bericht vom englischen Oberst Ferrel
und vom italienischen General de Marini, der vorschlägt, daß nur
die Kreise West und Oberrhein den Polen zugesprochen werden sollten.
Der Vorkommensrat hat nunmehr die beiden Berichte an die inter-
alliierte Kommission zurückgegeben und diese aufgefordert, sie solle
versuchen, zu einer einheitlichen Lösung zu gelangen.

Die ober-schlesische Orgeß organisiert sich!

Das „8 Uhr-Abendblatt“ meldet:
Die deutschen Selbstschutzwartungen, die durch den
steigen den Zusammenbruch der wehrfähigen Männer in
Oppeln einen weiteren starken Zuwachs erfahren haben,
konzentrieren sich hauptsächlich in den Kreisen Kreuzburg,
Oppeln und Ratibor. Allgemein ist der Wunsch, daß die
deutschen Selbstschutzwartungen daran gehen sollen,
das von den Polen besetzte Gebiet wieder zu säubern.
Die internationalisierte Kommission bereitet die Bildung der
deutschen Selbstschutzwartungen im Kreis Schmiegelitz.
Die Schutzpolizei im Regierungsbezirk Breslau ist sehr
verstärkt worden.

Sipo für Oberschlesien

(M.A.S.) Berlin, 7. Mai. Zu der Meldung des
„Berliner Tageblatts“ von heute abend über die Ver-
legung von Reichswehrtruppen wird mitgeteilt, daß keine
Truppenverladungen des Reichsheeres am Potsdamer
Güterbahnhof oder an anderer Stelle Berlins voran-
genommen sind. Es kann sich bei der Meldung nur um eine
Verwechslung mit Schutzpolizeiverbänden handeln. Ein
Abtransport von Truppen des Reichsheeres hat nirgends
stattgefunden.

Bayerische Reichswehr bereitgestellt

München, den 7. Mai (Telefon) Entgegen umlaufenden Ger-
üchten, daß bayerische Reichswehr bereits nach Ober-
schlesien abgeordnet ist, seien die „Münchener Nachrichten“ mit
teilt, daß ein kleines Detachement auf Abbruch bereit-
gestellt ist. Trand ein Befehl zum Abmarsch liegt noch nicht vor.

Die ober-schlesische Gewerkschaftsbüro- kratie gegen den Streit

In den deutsch-oberschlesischen Zeitungen erscheint heute fol-
gender Aufruf.

An die Arbeiter Oberschlesiens! Nationaler Konformismus hat
von neuem das Wirksamkeitsleben Oberschlesiens klagelastig und
unübersehbar unheilvoll über unsere Heimat gebracht. Durch
Waffengewalt wird die arbeitssame Bevölkerung an ihrer Arbeit
verhindert. Tausende sind gegen ihren Willen in die Reihen
der Aufrührer gedrängt worden. Tod und Elend sind die Folgen
dieses Wahnsinns. Schon heute hungern Frauen und Kinder.
Zu dem wirtschaftlichen Elend tritt die seelische Qual, die über
viele Familien herabgeschworen wird. Schmerz, Mühseligkeit
und Verzweiflung begleiten den Aufstand. Arbeit-Brüder,
Kollegen, laßt ab von der Selbstverleumdung. Der Aufstand
richtet sich nicht gegen den Kapitalismus! Er verfolgt aus-
schließlich politische Ziele. Unsere Lebensnotwendigkeiten werden
und sind dieselben, wie auch immer das Schicksal Oberschlesiens
sich gestaltet. Die Wiederaufnahme der Arbeit bedeutet die
Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung. Wir richten des-
halb an euch die dringende Aufforderung, schon jetzt überall
dort, wo es ohne Gefahr für Leib und Seele möglich ist, die
Arbeit aufzunehmen und dadurch die Wiederherstellung ge-
schäftlicher Zustände zu fördern.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. — Deutscher Gewerkschaftsbund — Gewerkschaftsring.

Es ist bezeichnend für den proletarischen Klassencharakter der
ober-schlesischen Aufstandsbewegung, daß die reformistischen Ge-
werkschaftsführer sich bereits ihrer Mission bewußt zu werden be-
ginnen, für die bedrängte deutsche Bourgeoisie in die Breche zu
springen, die mit Zittern die immer wachsende Ausbreitung des
revolutionären Brandherdes in Oberschlesien gewahrt. „Der Auf-
stand richtet sich nicht gegen den Kapitalismus“, so schreiben die Frei-
gewerkschaftlichen in trauter Gemeinschaft mit den gelben Arbeiter-
verrättern des reaktionären Gewerkschaftsrings. Kann es eine
bessere Betätigung dafür geben, daß der Aufstand sich gegen den
Kapitalismus richtet, bedrohlich für den deutschen wie für den
Ententekapitalismus, gefährlicher als der Aufstand des DGB
Ententekapitalismus, gefährlicher von allen Feinden des Proleta-
riats? Mit um so stärkerer Wucht gilt es, die kämpfenden Ar-
beiter Oberschlesiens zu unterstützen, jeden Versuch der deutschen
Konterrevolution, ihre Erhebung niedergumerfen, im Keim zu er-
löchen.

Die Arbeiterklasse hat das Wort!

Es könnte fast so scheinen, als wollten die Anhänger
der bürgerlichen Demokratie selbst vor aller Welt unter-
streichen, daß sie völlig unfähig sind, in der gegenwärtigen
Situation irgendeine Lösung vorzuschlagen, die aus
den Schwierigkeiten herausführt. Der Reichstag ver-
schleibt seine Sitzungen Tag für Tag, weil er nicht weiß,
was er über das Ultimatum und Oberschlesien zu sagen
hat. Eine Regierung kommt nicht zustande, und das alte
Ministerium wagt nicht, irgendwelche Entscheidungen zu
treffen. Die Fraktionen haben ebenfalls nicht den Mut,
sich in bestimmter Weise zu entscheiden; mit dem Spiel
der Probeabstimmungen verschwenden man noch immer
die Zeit. Die Zeitungen äußern sich mit wenigen Aus-
nahmen ebenfalls nicht klar darüber, was sie selbst
wollen, sondern beschließen sich mit Rätselraten über die
angebliche Stellungnahme der übrigen Presse. Die blöde-
sten Meldungen tauchen in den Zeitungen auf, um von
der eigenen Inhaltslosigkeit abzulenken; so berichtet eine
Korrespondenz, daß die Kommunisten geschlossen für die
Annahme des Ultimatus seien. Ein Blick in die kom-
munistische Presse genügt, um diesen Unsinn zu charak-
terisieren.

Nur die Orgeßreaktion weiß, was sie will. Zunächst
einmal sucht sie jede unbequeme Kritik an ihr selbst aus-
zuschalten. Mit Hilfe der Staatsanwälte beschlagnahmte
sie die „Kote Kahne“. Gleichzeitig rüstet sie mit Hilfe
des Reichswehrministeriums in allen Landesteilen. Zeit-
freiwillige und ehemalige Reichswehrsoldaten werden in
die grüne Uniform gesteckt und nach Oberschlesien
abtransportiert. Die bei den Reichswehrstellen bestehende
Verbindungsleute zwischen Reichswehr und Orgeß
arbeiten fleißiger denn je. Die Mobilisierung der
Reichswehr, der Einwohnerrwehren und der Orgeß
schreitet fort. So wird die Regierung, die ihre Einwilli-
gung zur Vereidlichmachung der Reichswehr gegeben
hat, vor viel weitergehende vollende Tatsachen gestellt.

Genau so wie die Orgeß das Verhalten der
Reichsregierung gegenüber Oberschlesien bestimmt, so
entscheidet auch die Orgeß über die Annahme oder Ver-
weigerung des Ultimatus. Herr Rahe war aber nicht in
Berlin, und die Parteien warten ab, ob Rahe eine For-
mel findet, durch die man das Ultimatum der Entente an-
nehmen, aber doch die Entwaflnung praktisch verzögern
kann. Wenn Herr Rahe indessen Wert darauf legt, das
Ultimatum schriftlich abzulehnen, dann werden die rechts-
stehenden Parteien aus innerer Ueberzeugung und die
linksstehenden bürgerlichen Parteien mit einiger Re-
ligation wegen der Forderung der Entwaflnung Deutsch-
lands die Befehle des Ruhrgebiets durch Frankreich
heranzuschleppen.

Kein Arbeiter wird sich finden, der sich nicht mit
Ekel und Verachtung von diesen bürgerlich-parlamentari-
schen Politikern abwendet und der nicht bereit ist, den
Orgeßleuten einträglich entgegenzutreten. Auch den
Kommunisten findet sich indessen keine Arbeiterpartei,
die diesem Willen der Arbeiterschaft wörtlich Ausdruck
gibt. Die Verräter, die durch ihre offene Unterstützung
der Konterrevolution oder durch ihre Zaghaftheit
immer wieder den einheitlichen Kampf der Arbeiterschaft
gegen die Bourgeoisie verhindert haben, verwenden auch
diesmal wieder ihre Anhänger in freventlicher Weise, um
sie von dem notwendigen Kampf abzuhalten. Die Rechts-
sozialisten haben zusammen mit den Gewerkschaften und
allen anderen bürgerlichen Parteien einschließlich der
Deutschnationalen in Oberschlesien ein Telegramm an
die Minister der Entente gesandt, in dem sie sich absolut
auf den nationalistischen Boden stellen. Herr Stampfer
empfiehlt zugleich im „Vorwärts“ die platte Annahme der
wirtschaftlichen Forderungen der Entente und versteigt
sich zu dem Satz: „Kämpfen, das heißt jetzt zahlen.“

Wenn schmachvoll berechnen sich die Unabhängigen,
die in wüster Weise gegen den angeblichen „Führer-
mus“ der Kommunisten zeteren. Sie sind ebenfalls für die
Zahlung an die Entente, höchstens gemildert durch den er-
neuten, aber selbstverständlich vergeblichen Versuch, die
Entente um Milderungen anzubetteln. Diese Unterwerfung
unter die Entente zeigt sich auch in der ober-schle-
sische Frage, indem die „Freiheit“ an das Prestige der
Entente appelliert. Wenn ein Arbeiterblatt keinen an-
deren Ausweg weiß, als an den Ruhm imperialistischer
Cliquen zu appellieren, so ist das in der Tat die völlige
Bankrotterklärung jeder eigenen Politik und damit der
eigenen Partei überhaupt.

Die gesamte Arbeiterschaft wird, wenn nicht heute,
dann morgen, einsehen, daß der Weg der Rechtssozia-
listen und Unabhängigen ein Irrweg ist. Nur wenn die
Arbeiterschaft geschlossen ihre Kraft zum Kampfe gegen

Die Unruhe in der oberösterreichischen und rheinischen Frage... Die „Freiheit“ bezieht daher doppelten Vorteil...

Politische Uebersicht

Der „passive nationale Widerstand“

„Passiver nationaler Widerstand“ — das ist der einzige Gedanke, der in der deutschen Bourgeoisie als Abwehr gegen die Forderungen der Entente auftaucht...

Was ist der „passive nationale Widerstand“? Karl Marx hat den „passiven Widerstand“ als Mittel der Revolution gedeutet...

Der „passive Widerstand“, geführt von der Bourgeoisie, ist ein Nihilismus. Er wird im Handumdrehen zusammenbrechen...

Die Heiden der markierten Unterwerfung, die Heiden des „passiven Widerstandes“, wie die Heiden der offenen Kapitulation vor den Ententeräubern...

Sie alle kapitulieren vor dem äußeren Feind. Aber die Arbeiterklasse darf und kann nicht kapitulieren. Sie muß den inneren Feind, die Kapitalisten und Bankrottäre schlagen...

Die Regierungskrise

Die Bildung der Reichsregierung muß in den aller nächsten Tagen erfolgen. In am 12. Mai bereits das Ultimatum der Entente...

Die Rechtssozialisten, die früher immer so lächerliche Reden von „Verantwortung“ hielten, hüten sich jetzt auch die Karte aus dem Pack zu ziehen.

Kann eine Regierung gebildet werden oder nicht, mag man das Ultimatum ablehnen oder annehmen, all das hält den kommenden Zusammenbruch des bürgerlichen Deutschland nicht einen Augenblick auf.

Die Orgeß entscheidet

Die Rechtsfähigkeit der bürgerlichen Parteien, wie sie sich zum Ultimatum der Entente verhalten sollten, ist ein höchst wichtiger Punkt...

Inzwischen werden die Fraktionen der bürgerlichen Parteien das Spiel der Probeabstimmungen über die Annahme des Ultimatum...

Nur die Rechtssozialisten und Unabhängigen sind auch diesmal — wie bei Versailles — bereit, sich dem Ententeimperialismus gegen zu unterwerfen.

Die Schillingen des arbeitenden Volkes bedröhten würden, stoßen sie sich nicht. Sie sind und bleiben eben Rechte des Eigentums...

Sere Ebert bemüht sich inzwischen, einen Reichskanzler ausfindig zu machen. Der Vorschlag in Paris, Dr. Mayer, hat vorläufig kein ihm angebotenes Kanzlerposten abgelehnt.

So treiben alle Parteien ihr Spiel mit den wichtigsten Interessen der breiten Massen weiter. Das einzige Resultat ist auf jeden Fall eine neue Klüftung des bürgerlich-parlamentarischen Systems...

Die Menschewisten zum ober-schlesischen Aufstand

Das ober-schlesische Kreisbild wäre nicht vollständig, wenn nicht auch die Menschewisten gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die Haltung der Kommunisten zur ober-schlesischen Frage...

Wenn die deutsche Arbeiterklasse den ober-schlesischen Aufstand, wie es die Kommunisten empfehlen, nicht aktiv unterstützen sollten, so würde das nichts anderes bedeuten, als die Auslieferung des ober-schlesischen Proletariats an die polnische Schlagschampanneherrschaft.

Genau dieselben Töne wie die „Freiheit“ schlägt auch die „Deutsche Tageszeitung“ an. Sie schreibt zu dem Appell der Kommunisten an die ober-schlesischen Arbeiter:

Das Gelingen solcher Absichten würde naturgemäß allein Polen zugute kommen. Jede kommunistische Sabotage einer deutschen Notwehr würde zunächst den Polen einen leichten Sieg...

Krieg! Mobilisierung! — Soldaten!

Die Regierung will die Reichswehrsoldaten gegen den ober-schlesischen Aufruhr mobilisieren.

Die Regierung behauptet, daß die Reichswehrsoldaten die deutsche Nation, das deutsche Vaterland verteidigen müssen. Die Wahrheit ist die, daß die Reichswehrsoldaten die Interessen der deutschjüdischen Grubenbesitzer und „christlichen“ Junker verteidigen sollen.

Die Reichswehrsoldaten sind Söhne deutscher Bauern, Landarbeiter und Arbeiter. Die Aufständischen in Oberschlesien sind deutsche und polnische Bauern, Arbeiter und Landarbeiter.

Warum sollten die Söhne deutscher Bauern, Landarbeiter und Arbeiter die Aufruhrbewegung von deutschen und polnischen Bauern- und Arbeitermassen niederschlagen?

Reichswehrsoldaten! Der Krieg, den die Regierung nicht plant, ist nicht ein Krieg der deutschen Nation, geht nicht ums deutsche Vaterland. Es ist ein Krieg der Kapitalisten, Generale und Junker.

Reichswehrsoldaten! Wollt ihr für deutschjüdische Kapitalisten, „christliche“ Junker und menschenverachtende Generale kämpfen?

beider, in seinen weiteren Auswirkungen aber Deutschland den schwersten revolutionären Erschütterungen aussetzen. Man habe daher innerhalb der Regierung acht auf solche Dinge. Sie bedeuten keine geringere Gefahr, als die von Osten und Westen auf uns hereinbrechende.

Die „Freiheit“ hat genau dieselbe Angst wie die „Deutsche Tageszeitung“ vor den „schweren revolutionären Erschütterungen“, und darum gerät sie wieder und wieder in ihrem Kampf gegen die Kommunisten in die Gesellschaft der Endorffs und Stresemann.

Wir waren die Regierung aufs ernstlichste davor, den „Rechtssozialisten“, einem neuen Krieg zu beginnen, Gehör zu geben. Die Arbeiterklasse wird sich jedem Versuch, die ober-schlesische Krise für ein kriegerisches Abenteuer auszunutzen, mit allen Mitteln widersetzen!

Die „Freiheit“ erblickt als Abwehrmittel gegen die Kriegsgefahr nicht die revolutionäre Erhebung, sondern die „Warnung“ auf dem neutralen unabhängigen Holzweg. Im übrigen rät sie der Arbeiterklasse, den Kursen keinen zu lassen. Die Arbeiterklasse muß jetzt die bürgerlichen Parteien zwingen, die Verantwortung für ihre Politik so lange zu tragen, bis sie ihre Aufgaben vor der Geschichte erfüllt haben.

Was sollen nach dieser Vorkanzlerklärung auch die Phrasen von „Rechtssozialen Widerstand der Arbeiterklasse“? Die Hilfslosigkeit und der Verrat der Unabhängigen läßt auf derselben Stufe mit den Phrasen der Rechtssozialisten, deren Zentralorgan, der „Vorwärts“, drauf!

Wenn irgend welche deutsche Eisen- und Stahlindustrie verlangen, daß deutsche Truppen sofort marschieren, so ist dazu ledigst zu sagen: Die Zeiten sind vorbei, wo die Schwerindustrie Deutschlands Politik zu bestimmen hatte. Mitglieder des Völkerrichters haben zu klagen!

„Vorwärts“ und „Freiheit“ ergehen sich in Drohungen für den Fall, daß die Reichswehr auf Einiges Gehör wartet. Nun, die Reichswehr ist heute bereits auf dem Marsch. Nun mögen Unabhängige und Sozialdemokraten gehen, mit welcher Mühe sie ihre Drohungen nicht zu machen gedachten. Bis zu Stande stehen sie jedenfalls beide in der bürgerlichen Einschüchterung gegen die Kommunisten, die allein erkannt haben, daß der drohende Krieg nur durch den revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie verjüngert werden kann.

Orgeß auch im „reinsozialistischen“ Sachsen legal

Orgeß transport auf. Sie legt sich durch die Befugnisse ihrer Rechtsfähigkeit behaupten. Die Macht der bürgerlichen Bourgeoisie ist im Ober-schlesien gebrochen. Sie ist nicht mehr ein reinsozialistisches Kabinett...

Der „Völkerrichter“ meldet: Aufhebung des Orgeß-Verbotes in Sachsen. Ebenso wie in Oberschlesien steht auch in Sachsen eine Aufhebung des Orgeß-Verbotes nahe bevor.

Die „Tägliche Rundschau“ weiß noch mehr. Ihr Dresdener Mitarbeiter berichtet:

Nachdem die Rechtssozialisten auf Grund einer richterlichen Entscheidung das vor einiger Zeit erlassene Verbot der „Orgeß“ in Sachsen in ihrem Bereiche aufgehoben hat, steht nunmehr die Aufhebung des Verbots für ganz Sachsen nahe bevor.

Diese Anklündigung bedeutet zugleich eine Art Antwort auf die Entwaflnungsforderung der Entente. Um den weißen Terror gegen die deutsche Arbeiterklasse verschärfen zu können, um die Waffen gegen das Proletariat zu behalten, scheut die deutsche Bourgeoisie den Konflikt mit der Entente nicht.

Innerschlesien aber bedeutet die beginnende Legalisierung der Orgeß in Sachsen die Kriegserklärung des Bürgerblocks an das sozialistische Kabinett. Die Buch und Lipski haben es sowohl kommen lassen, daß ihre beherrschenden Organe sich um das Verbot ihrer eigenen Regierung nicht kümmern und die „verbotene“ Orgeß glattweg legal erklären.

Werden sie jetzt weiter kuschen? Werden sie kompromislos vor der Orgeß kapitulieren? Die Orgeßfrage ist ein Prüfstein für die „sozialistische“ Politik der sächsischen Regierung.

Der Kampf der württembergischen Arbeiter für die Arbeitslosen-Forderungen

Am 28. April beschäftigte sich die Betriebsräte-Vollversammlung des Industriebezirks Stuttgart mit dem Erwerbslosenproblem. Das Komitee hielt der Kartellvorsitzende A. Brecht (U.S.P.) Er ging auf die zehn Forderungen des A.D.G.B. und auf den Antrag der beiden sozialdemokratischen Parteien im Reichstag ein.

In der Diskussion vertrat der Genosse Max Müller die kommunistische Auffassung, führte im Gegensatz zu Albrecht aus, daß letzten Endes die Rettung der Arbeitslosen nichts anderes bedeute, als den Kampf um die Macht. Wir dürfen daher die Arbeitslosen nicht auf den Zeitpunkt verstoßen, in dem wir in den Besitz der Macht gelangt sein werden, sondern müssen jetzt im Interesse der Gesamtarbeiterklasse um die sofortige Durchführung kämpfen.

„Ansehens der immer mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen fortschreitenden Massenverelendung breiter Schichten des Proletariats weiter die Tatsache, daß von seiten des Unternehmertums verflucht wird, keine Profitmöglichkeit auf Kosten der Arbeiterklasse zu erhalten, beschließt die Vollversammlung der Betriebsräte des Industriegebietes Stuttgart, folgendes: Der Vorstand des Bezirkskartells für Württemberg und Hohenzollern wird beauftragt, sofort Schritte einzuleiten, um eine einheitliche Aktion der gesamten Arbeiterklasse in die Wege zu leiten, zwecks Durchführung der vom A.D.G.B. aufgestellten 10 Forderungen, die das Mindestmaß dessen darstellen, was heute gefordert muß, um die Arbeiterklasse vor ihrem Untergang zu retten.“

Eine weitere Resolution des Erwerbslosenausschusses, die verlangt:

Eine gemeinsame Demonstration der Arbeitenden mit den Arbeitslosen

zu veranstalten, wurde einstimmig angenommen. Um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit überall in den Vordergrund zu stellen, muß das Beispiel der Stuttgarter Arbeiter in allen Bezirken Deutschlands Nachahmung finden.

Die sächsischen Kommunisten verlangen proletarische Politik vom reinsozialistischen Kabinett

Die Lipinskische Arbeiterregierung Sachsens demagogiert sich immer mehr als Sprachrohr der Gegenrevolution. Unsere Genossen im sächsischen Landtag haben denn auch in der letzten Sitzung dieses Parlaments eine Erklärung abgegeben, in der sie das schändliche Treiben der SPD. und USPD. in Sachsen brandmarkten.

Der Reichstag schweigt noch immer!

Sitzung des Reichstagesamtschusses Montag, den 2. Mai, nachmittags.

Samstags nachmittags hatte der Reichstagsausschuß nach Abzeichnung des kommunistischen Antrags, die Plenarsitzung für Sonntag zusammenzuberufen, die Einberufung des Reichstages für Montag nachmittags über ihr festgesetzt.

Genosse Marx beiläufig auf unbedingter Zustimmung...

An unsere Leser!

Arbeiter! Parteigenossen!

In diesen Tagen, wo die außen- und innerpolitische Situation eine gespannte Aufmerksamkeit, eine höchste Tatbereitschaft erfordert, versucht die Bourgeoisie,

die einzige Stimme, die offen, ehrlich und ohne Winkelzüge zu Euch spricht, die kommunistische Presse, mundtot zu machen. Das bürgerliche und formale „Recht“, die durch die Reichsverfassung „garantierte Pressfreiheit“ existiert nicht in dem Augenblick, wo es gilt, Euch vertateten und verkaufte Arbeitern einen Ausweg zu zeigen aus dem internationalen Zusammenbruch der kapitalistischen Profitiererschaft. Mit verbundenen Augen sollt Ihr morgen oder übermorgen schon in den Abgrund stürzen, den Euch die Konterrevolution mit Hilfe der SPD- und USP-Bureaucratie bereitet hat.

Arbeiter, Parteigenossen!

Die brutalen Maßnahmen gegen die revolutionäre Presse,

die fortgesetzte Beschlagnahme

durch die Staatsanwaltschaft in dieser Stunde bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß der Belagerungszustand, verhängt durch die Orgeschgeneräle, vor der Tür steht, daß die schwarzste Konterrevolution den nationalistischen Taumel so weit entfacht zu haben glaubt, um rücksichtslos jede selbständige Stellungnahme zur Ruhrbesetzung und zur oberstehenden Frage durch Euch unmöglich zu machen. Arbeiter! Klassenossen! SPD- und USP-Presse dürfen ungehindert erscheinen! Und warum? Weil diese Blätter mitteilen, Euch zu belügen und zu betrügen. Jeder selbständige Stellungnahme zu den inner- und außenpolitischen Verwicklungen sind bis heute die Mehrheitssozialisten und Unabhängigen (Samlos) ausgewichen.

SPD- und USP- taumeln hinter der kopflosen Bourgeoisie her, um Euch auf Tod und Verderben an das Schicksal der deutschen Ausbeuter zu koppeln.

Arbeiter! Klassenossen! Wir Kommunisten sind auch heute wieder die einzigen, die auf

eine klare Situation eine klare Antwort geben! Und deshalb wird unsere Presse beschlagnahmt, deshalb schleicht bei Tag und Nacht ein Heer von Spionen, um die Druckerei unserer Zeitung, um den Moment, wo die Zeitung in Eure Hände gelangen soll, zum „bewaffneten Eingreifen“ abzapfen.

Arbeiter! Keine Stunde länger dürft Ihr angesichts der Unsitte, die für Euch auf dem Spiel stehen, die ungeheuerliche Provokation der revolutionären Presse dulden!

Run erst recht muß die kommunistische Presse erscheinen!

Arbeiter, sorgt dafür, daß das Organ der revolutionären Arbeiterschaft in Tausenden von Exemplaren in die Betriebe und die Proletariatswohnungen gelangt.

liche, feige Haltung der beiden Menschweifen-Internationales, die hier wie dort die verruchten nationalen Einheitsfronten nicht zu zerbrechen wagen mit der Laffkraft, der eisernen Disziplin der kommunistischen Internationale, deren Glieder in Berlin wie in Paris die einzigen Organisationen sind, die den Kampf aufnehmen. „Die schändlichen Kommunisten — ihnen steht die Revolution höher als das Vaterland.“ ruft der „Temps“.

„Die schändlichen Kommunisten — ihnen steht die Revolution höher als das Vaterland.“ ruft der Chorus der deutschen Presse von Meppenbrecher bis zum „Vorwärts“.

Und dies ist der einzige Weg: Nieder mit allen bürgerlichen Vaterländern! Höher als sie steht die Revolution. Sie ist der einzige Ausweg, der einzige Rettungsweg für die verfluchten Massen des deutschen Proletariats

Blutige Zusammenstöße in Paris

Anlässlich der gestrigen kommunistischen Kundgebungen gegen den Krieg ist es auf dem Rückwege nach Paris zu Zusammenstößen mit der republikanischen Garde gekommen. Nach dem „Pest Parisien“ wurden zehn Polizisten und Gardisten verwundet. Es sei mit Revolvern geschossen und gegen die Polizisten mit Steinen geworfen worden. Ein Polizist ist vor Aufregung gestorben. Es wurden 20 Verhaftungen vorgenommen, jedoch sind nur drei Personen in Haft befallen worden. „Populaire“ spricht von über 50 Verwundeten. — Bei der Nachwahl für die Kammer im Departement Hauts Alpes wurde der radikale Kandidat gewählt.

Die Vorbereitungen zur Ruhrbesetzung

Paris, 8. Mai. Wie „Intransigeant“ mitteilt, sind die 4. und 5. französische Kavalleriedivision zwischen der englischen und belgischen Besatzungszone im Rheinland bereitgestellt. Sie sollen innerhalb vierundzwanzig Stunden nach dem Befehl zur Besetzung des Ruhrgebiets 120 Kilometer vorrücken.

Ueber die Beteiligung Belgiens an der eventuellen Besetzung des Ruhrgebiets jagte der belgische Kriegsminister belgischen Journalisten, augenblicklich befänden sich die Jahresklassen 1917 und 1918 unter den Waffen. Er werde deshalb zu einer Teilmobilisierung der Jahresklasse 1916 schreiten. Man werde die Kapitulant, also die Unteroffiziere und Reserveoffiziere einberufen, sowie ferner drei Jahresklassen des Eisenbahnbataillons.

Foch als Totengräber des europäischen Kapitalismus

„Daily Herald“ äußert sich folgendermaßen zu der gegenwärtigen weltpolitischen Krise: Paris, London, San Remo, Spa, Boulogne, Compiègne, Paris, London, Compiègne, London und so geht es immer weiter. Und sie sind noch genau so weit entfernt von einer Lösung der Entschädigungsfrage, als damals vor zwei Jahren, als die Bedingungen des Friedensvertrages dem Grafen Braddock-Kanhan übergeben wurden. Es gibt heutzutage viele Kritiker, sogar in der unmittelbaren Umgebung Lloyd Georges, welche die Folgen der wahnhaften Bestimmungen des Friedensvertrages beklagen. Aber es ist schade, daß diese Leute nicht den nötigen Mut aufbringen, um die Friedensbedingungen zur rechten Zeit zu bekämpfen. Der Wahn von Versailles und die napoleonischen Phantasien der französischen Regierung treiben Europa und England zum wirtschaftlichen Zusammenbruch. Lloyd George steht zwar jetzt endlich einigermassen die Folgen dieser ganzen Entwicklung, aber er hat nicht den Mut und die Willenskraft, sich dem Verhängnis entgegenzustellen. Er wagt es nicht, von Versailles abzurücken und mit den Franzosen zu brechen; er ist hilflos an Briand und Marshall Foch gebunden. Die französische Regierung will keine Lösung der Entschädigungsfrage, zwei Jahre lang hat sie jede Möglichkeit einer solchen Lösung verkehrt. Und sie hat Lloyd George immer mehr an den verhängnisvollen letzten Schritt herandrängt. Gegenwärtig leistet er nur noch schwachen Widerstand. Er will nur noch eine Woche Aufschub. Dabei ist gar nicht klar, was er

namo zu erreichen denkt. Aber selbst dieser schwache Protest hat schon den Zorn der französischen Kapitalisten und ihrer Werkzeuge erregt. Sie wollen keinen Aufschub haben, sie sind bereit, sie haben ja diesen Streik schon zwei Jahre lang vorbereitet. Sie wollen keine Reherien mehr über die Entschädigung, sie wollen, daß die französische Fahne über den Rhein und bis ins Herz von Deutschland getragen wird? Und dann? Selbst die City (Stitz des englischen Finanzkapitals) beginnt allmählich, das Unglück zu erkennen, das kommen wird. Arme City! Sie hätte schon vor zwei Jahren sich das sagen sollen. Heute ist es zu spät. Die Ereignisse gehen unerlässlich ihren Weg. Das kapitalistische Europa zerfällt sich selbst und Foch ist nur das Werkzeug in der Hand des Schicksals.“

Lloyd George über die Entwaflung

Nachdem Lloyd George im Unterhaus zur Reparationsfrage Stellung nahm, ging er auf die Entwaflung Deutschlands ein. Er sagte:

Nicht daß Deutschland irgendwie (welche Partei auch immer an die Macht komme) plötzlich eine Streitmacht organisieren könnte, die entweder Belgien oder Frankreich angreifen könnte — aber trotzdem, solange große Truppenkräfte in Deutschland vorhanden seien, die den Kern für militärische Organisationen bildeten (z. B. befänden sich in Deutschland immer noch eine sehr große Zahl von Offizieren und Unteroffizieren des früheren Heeres und eine sehr seltene industrielle Bevölkerung, die in einer sehr kurzen Zeit eine Fertigungsmaschine improvisieren könnte), sei es ganz unmöglich für Frankreich, ruhig zu sein. Der von Deutschland angegebene Grund, dem auch von den Alliierten vollauf Gewicht beigemessen worden sei, sei der gewesen, daß es zwei oder drei Revolutionen und Gegenrevolutionen hinter sich habe, und Deutschland sei in der Lage, zu sagen: Wir können nicht abrücken und vollkommen hilflos sein gegen diese Revolutionen. Tatsache sei jedoch, daß das Bestehen dieser irregulären Streitkräfte es sehr schwierig gestalte, von der Zentralregierung gegebene Befehle zur Auslieferung von Gewehren auszuführen, denn zwischen den Kommunisten und den irregulären Truppen bestehe Argwohn und Gegenargwohn, und man könne die Gewehre von den irregulären Truppen nicht bekommen, da sie sich vor den Kommunisten fürchteten und von den Kommunisten die Gewehre nicht erhalten wegen der irregulären Truppen. Daher müsse man darauf bestehen, daß beide Parteien ihre Waffen ausliefern. In Deutschland sei eine genügende reitere Truppenmacht vorhanden, um eine Gefahr, die aus irgendeiner Bewegung dieser Art entstehen könnte, zu unterdrücken.

Lloyd George verbreitete sich darauf eingehend über die neuen finanziellen Bedingungen der Alliierten und sagte u. a., an dem neuen Plan werde die jährliche Verbindlichkeit Deutschlands sich nach seiner Fähigkeit, sie zu erfüllen, richten. Lloyd George führte ferner aus, für Deutschland bestehe die praktische Schwierigkeit, außerhalb seiner Grenzen eine Schuld zu bezahlen, die es anderen Ländern schulde. Die erste Zahlung von 50 Millionen Pfund Sterling werde innerhalb von 25 Tagen erfolgen. Für Bezahlung in Waren kämen in Betracht Kohlen (ironisches Gelächter bei den Arbeitermitgliedern des Parlaments, die an den Bergarbeiterstreik erinnern.), Anilin, Eisen, Holz und Materialien zu Reparations- und Aufbaumaterialien in Frankreich. Der Prozeß des Wiederaufbaus Frankreichs werde vielleicht fünf bis zehn Jahre beanspruchen.

Der Streik der englischen Transportarbeiter beginnt

Wie aus London gemeldet wird, ist der große Kampf des englischen Proletariats in eine bedeutsame neue Etappe eingetreten. Die schottischen Hafenarbeiter hatten sich gemeldet, ausländische Kohle zu entladen, um so eine Schwächung der kämpfenden Bergarbeiter zu verhindern. Als nun die Regierung versuchte, die betreffenden Schiffe durch Streikbrecher unter militärischem Schutz entladen zu lassen, traten die Hafenarbeiter von Glasgow insgesamt in den Streik. Damit hat endlich die Solidaritätsaktion der Eisenbahner und Transportarbeiter für die Bergarbeiter eine greifbare Gestalt gewonnen. Die Folgen dieser Aktion der schottischen Hafenarbeiter sind zunächst noch nicht abzusehen. Die Erregung der Bergarbeiter selbst hat sich durch die lange Dauer des Streiks erheblich gesteigert. Aus den Grubengebieten werden zahlreiche Zusammenstöße mit der Polizei gemeldet.

Zur selben Zeit ist ein allgemeiner Streik der englischen Seeleute im Anzug aus Solidarität mit den Schiffsbäckern und Stewards, die von den Schiffsbesetzern wegen Lohnforderungen ausgesperrt worden waren.

200000 englische Werftarbeiter im Streik

(L.A.) London, 9. Mai.
200 000 Arbeiter von den vier Werften in Jarrow, unter ihnen die von Armstrong & Whitworth, streiken aus Widerstand gegen eine Lohnermäßigung um 15%.

Hafenarbeiterstreik in London

London, den 7. Mai. (Telunion) Infolge des Entschlusses von 10000 Tonnen ausländischer Steinkohle in Glasgow durch nicht organisierte Arbeiter hat die Fachvereinigung der Hafenarbeiter gestern abend fünf Uhr den Streik angekündigt. Der Hafen von Glasgow lag gestern abend still. Die „Times“ kündigt die Verhaftung einiger verdächtiger Personen in Portsmouth an.

Der englische Bergarbeiterstreik dauert unvermindert fort

Das Unterhaus hat mit 215 gegen 54 Stimmen den Erlaß und die Erweiterung der bestehenden Notmaßnahmen gutgeheißen. Die neuen Maßnahmen ermächtigen die Regierung zur weiteren Einschränkung des Straßenbahnverkehrs, des Gebrauchs von Veranlagungsbooten und der Lichtverorgung, sowie zur Verdrögerung der Sommerzeit um eine weitere Stunde, falls es für nötig erachtet wird.

Eine Order in London ermächtigt den Minister des Innern, im Falle der Fortdauer des Bergarbeiterausstandes die Sommerzeit noch um eine weitere Stunde auszudehnen, also die Uhr um zwei Stunden gegenüber der westeuropäischen Zeit vorzurücken. Der Kohlenstreik macht sich immer stärker fühlbar. Die Züge wurden gestern auf die Hälfte eingeschränkt. Die Straßen liegen abends im Halbdunkel, Brauereien und Brennereien haben keine Kohlen mehr. (W.T.B.) London, 9. Mai.

Infolge des Streiks der Kohlenbergarbeiter wurden weitere Einschränkungen im Eisenbahnverkehr angeordnet, wodurch der Verkehr etwa auf die Hälfte des normalen Dienstes herabgesetzt wird. Der Sonntagszugdienst auf der Great Central-Bahn wurde vollkommen eingestellt.

„Daily Chronicle“ wird die öffentliche Beleuchtung in England in Orten unter 5000 Einwohnern eingestellt.

Das rebellische Irland

Das irische Amt der englischen Regierung hat die Hauptstadt aufgestellt, daß die ökonomischen Verhältnisse in Irland günstig wären. Hiervon antwortet das Organ der irischen Sinnfeiner, das „Irish Bulletin“, mit einer ausführlichen Widerlegung der tendenziösen Lügen und halben Wahrheiten der englischen Organe. Die von letzteren angegebene Zahl der Arbeitslosen (103000) ist unrichtig, weil viele Tausend irische Arbeiter sich überhaupt nicht registrieren lassen und

Erlaubung zu geben darauf hin, daß die Industriellen schon wieder mit dem Eitel rassen, Chinarest in Oberstufen und Ablehnung des Minimums verlangen. Es sei unverantwortlich, wenn der Reichstag noch immer schweige. Wenn Wirtschaft nach mehrer solange schweigen, bis an den Dingen überhaupt nichts mehr geändert werden könne. Die begreiflichen Lobreden des Parlamentarismus schlicken das Parlament in dem Augenblicke, da die schwersten Fragen des deutschen Volkes entschieden werden sollen, nach Hause, um nur ja der Handvoll Kapitalisten und Militaristen, die heute Deutschlands Schicksal bestimmen, keine Schwierigkeiten zu machen.

Für die Unabhängigen verlangte Ledebur die Abhaltung der anberaumten Plenarsitzung. Der Deutschnationale Herrgert fordert von der Regierung eine aktivere Politik, verlangte ebenfalls die Einberufung der Sitzung für heute, ließ diese Forderung aber, nachdem ihn Demokraten, Zentrumsleute und Volksparteiler genügend bearbeitet hatten, dann fallen. Natürlich mußte auch der neuerliche Hinweis des Genossen Bark auf die unbedingte Notwendigkeit der Plenarsitzung und der Aussprache über die gesamte Lage angesichts der ablaufenden Frist für die Beantwortung des Minimums nichts.

Die bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokraten wollten auf jeden Fall verhindern, daß die Kommunisten durch das Parlament zu der Arbeiterschaft sprechen, solange es noch Zeit ist. Sie sind froh, durch das Fehlen der Regierung einen Vorwand für die Heimführung des Reichstages zu haben und wollen ihn nicht eher sprechen lassen, als bis die neue Regierung beisammen ist. Die neue Regierung aber wird sich erst dann präsentieren, wenn die Katastrophe vollendet ist.

Der Skandal, daß das Parlament jetzt schweigt, hat seinesgleichen nur im dem Verhalten des Reichstages in der kritischen Zeit des August 1914. Die verhängnisvollen Folgen werden leider diesmal nicht geringer sein, als damals.

Die Wohnungsnot vor dem Preussischen Landtag

In der gestrigen Sitzung wurde nach einer kurzen Aussprache die Abstimmung über den als ersten Punkt auf der Tagesordnung stehenden Antrag auf Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung und Erhöhung der Besoldung für katholische Geistliche für die Dienstaufstellung festgesetzt. Der Genosse Schulz-Neukölln hatte hierzu im Namen der kommunistischen Fraktion erklärt, daß wir keinen Pessimismus für die Bischöfe und die anderen Faulenzer bewilligen. Dafür verleiht er einen Ordnungsruf.

Die dann folgende Aussprache der Anträge über die Wohnungsnot zeigt die vollständige Hilflosigkeit des Bürgertums. Unter Genosse Kay zeigt die Ursachen der Wohnungsnot auf. Das Wohnungselend bestand immer. Der Genosse Kay schildert an Hand amtlichen Materials die furchterlichen Zustände der Berliner Arbeiterwohnungen. Es zeigt sich, daß auf Grund der kapitalistischen Wirtschaftsweise, in der nicht das Bedürfnis, sondern der Profit entscheidet, es nicht möglich ist, dem Elend abzuhelfen. Der Regierungsvorredner erklärt, daß kein Geld für die notwendigen Maßnahmen vorhanden ist. Der angestrebte Abbau der Wohnungszwangswirtschaft bedeutet eine verschärfte Ausbeutung der Arbeiterschaft durch die Hausagrarier. Es gibt keinen anderen Ausweg als den Sozialismus, der mit Hilfe der Diktatur des Proletariats die Wohnungsfrage spielend lösen wird.

Die folgenden Reden der bürgerlichen Parteien waren zum großen Teil nichts anderes, als ein Sturmloch gegen die sogenannten Mieterschutzgesetze und zeigten, wohin das Kapital mit seinen Anträgen zur Wohnungsnot zielt, daß es ihnen weniger um die Befreiung der Wohnungsnot, als vielmehr um die Erringung des uneingeschränkten Wohnungswuchers zu tun ist.

Ausland

Der Kampfmarsch der französischen Kommunisten

Die Protestaktion der französischen Arbeiter gegen Mobilmachung und Krieg geht weiter. Folgende Meldungen liegen vor: Paris, 6. Mai. (W.T.B.) In der vergangenen Nacht wurden 17 Mitglieder der Vereinigung der kommunistischen Jugend verhaftet. Die Anrufe angelegt hatten, worin die Angehörigen der Jahresklasse 1919 aufgefordert werden, dem Mobilmachungsbefehl keine Folge zu leisten.

Paris, 7. Mai (E.P.) Das kommunistische Aktionskomitee gegen den Krieg veranfaßt am Sonntag nachmittag eine Massendemonstration gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Man beabsichtigt jedoch, daß die Regierung Maßnahmen treffen wird, um diese zu verhindern.

Die Zentrale der kommunistischen Partei Frankreichs erläßt eine neue Erklärung, in der sie sich aufs schärfste gegen das Brechen der französischen Regierung wendet. Die kommunistischen Franzosen würden gemeinsam mit den kommunisten Deutschlands den Kampf gegen die kapitalistische in beiden Ländern führen. Die Partei werde alles aufbieten, damit aus der gegenwärtigen Krise möglichst bald die Revolution erwächst, der die herrschende Bourgeoisie nicht mehr entgegen kann.

Das Anwachsen des kommunistischen Kampfes gegen den Krieg bewirkt in steigendem Maße die französische Bourgeoisie. In einem langen Leitartikel unter der Überschrift „Die Kommunisten gegen die Nation“ beschäftigt sich das Regierungsorgan „Temps“ mit unseren Genossen. Die Anwürfe und Verleumdungen, die ihnen aus Gesichts geschleudert werden, sind fast bis aufs Haar die gleichen, mit denen die Freigepheiten der deutschen Bourgeoisie über aus herfallen.

„Die Revolutionäre“, schreibt der „Temps“, „Flaumacher im Frieden, wie sie Flaumacher im Krieg waren, wollen das Brechen des Volkes in seinem Recht erschlütern. Sie bemühen sich seit der Friedensunterzeichnung von Versailles, alle Widerstände des besiegten Deutschland zu stärken. Gegenwärtig machen die Kommunisten gelegentlich der Einberufung des Abganges 1919 die äußersten Anströmungen. Ihr „Zentrales Komitee gegen den Krieg“ hat einen Aufruf veröffentlicht, in dem es mit einer seltenen Frechheit behauptet: „Die Robinnmachung ist der Krieg.“ (Wir drachten den erwähnten Aufruf des Aktionskomitees bereits im Wortlaut d. Red.) Dies Zentrale Aktionskomitee gegen den Krieg wagt zu behaupten, daß es sich weder um Widerstandnahme noch um Gerechtigkeit handelt“ und daß die französische Bourgeoisie notwendig hat, weil sie gemeinsam mit der deutschen die deutsche Revolution zu schmälern will. Der „Temps“ spricht dann in der alten Polizeimanier „von einer Handvoll Agitatoren“. In allen schweren Zeiten erheben sich die Heher unter dem Einfluß der russischen Bolschewismus gegen die Nation. Die schamlose Gemeinheit dieser revolutionären Bestimmung zeigt sich hier in ihrer ganzen Abscheulichkeit, und es heugt, ihr Vorhandensein zu konstataren, um die Pflicht jeden guten Staatsbürgers zu begreifen, diese Elemente der nationalen und sozialen Auflösung zu bekämpfen.“ In diesem Ton fährt das Blatt fort und schließt endlich mit den Worten: „Die jeder deutsche und französische Arbeiter mit Erfolg und Freude lesen wird: Die französischen Kommunisten ziehen es vor, sich mit den deutschen Kommunisten zu vereinigen, — mit ihren deutschen Brüdern — anstatt die Regierung der Republik zu unterstützen, die im Namen der ganzen Nation handelt, um für die Wiederanfrichtung des Vaterlandes unerhebliche Reparationen zu erhalten. Die Klassenfeinde des heroischen Frankreich ersätkern die Soldlinge Mosters nicht; sie haben nur Mitleid und Mitleid für das verbrecherische, bis in seine Niederlage noch betrügerische Deutschland.“

Ihnen steht die Revolution höher als das Vaterland.“ Die blutigen Arbeiter, ließ diese Worte des französischen Bourgeoiselichtes einmal ums andere Mal. Letz sie und blüht auf die benannten Taten unserer französischen Brüder. Reue nicht die schänd-

Der weiße Terror wütet

Im letzten englischen Bericht über die Aufständigen in Irland sind 5000 Personen in Irland genannt, davon 2576 ohne gesellschaftliche Mittel in Irlande. Die Familien dieser Gefangenen sind dem größten Teil ausgesetzt. In den letzten 15 Monaten wurden in Irland 815 irische Staatsbürger durch englische Militär und Polizei getötet und 750 verwundet. Während derselben Zeit sind 250 Häuser, Wohnungen, Geschäfte usw. verbrannt, geplündert und eingeäschert worden.

Neue blutige Unruhen in Indien und Ägypten
Der Widerstand der unterdrückten Völker gegen den engherigen Kapitalismus verschärft sich immer mehr. Wie aus Kairo gemeldet wird, kam es in Kairo in Ägypten zu blutigen Unruhen, bei denen drei Personen getötet wurden. Die Vorgänge hängen mit der gewalttätigen Spannung zwischen England und der ägyptischen Nationalpartei zusammen. Und aus Bombay wird gemeldet, daß in dem indischen Bezirk Nalk ein Aufstand ausgebrochen ist, bei dem eine Reihe von Postämtern zerstört wurden. Englische Truppen sind in das Aufstandsgebiet abgegangen.

Neues Schandgesetz des amerikanischen Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse

40 Jahre Gefängnis für Verletzung der Arbeit
Die aus Washington gemeldet wird, hat der Senator Boyd einen Gesetzesentwurf eingebracht, der das Eigentum der Regierung der Vereinigten Staaten vor Anarchie und Vandalismus schützen soll. Dieses Gesetz stellt das ungeheuerlichste dar, was bisher der amerikanische Kapitalismus in seinem Kampf gegen die Arbeiterbewegung geleistet hat. Es wird nämlich eine Strafe von 40 Jahren Gefängnis jedem angebracht, der zu einer gefahrvollen Schädigung des öffentlichen oder privaten Eigentums in den Vereinigten Staaten auffordert. Nach der Praxis der amerikanischen Gerichte sollen aber auch Strafen unter den Begriff „Schädigung des Eigentums“. Es wird also mit Hilfe des neuen Gesetzes möglich sein, einen jeden Arbeiterfunktionär, der in einer Streikbewegung irgendwie tätig ist, zu 40 Jahren Gefängnis zu verurteilen. Das ist das System Horbiling in Reinkultur. Das amerikanische Proletariat wird aber trotz aller Verfolgungen seinen Weg weiter gehen.

Kämpfe und Massenunruhen zum 1. Mai in allen Weltteilen

In allen Ländern setzte der 1. Mai die Stärke der revolutionären Arbeiterbewegung. In Tokio beteiligten sich 20 000 Arbeiter an der Mai-Demonstration. Es kam zu Zusammenstößen mit der japanischen Polizei, bei denen viele Arbeiter verletzt wurden. Mehrere Arbeiterführer wurden verhaftet.

In Sydney in Australien verlor die reaktionäre Organisation der entlassenen Soldaten, die Arbeiterbewegung zu fördern. Die Arbeiter luden aber die Soldaten zum Aufbruch und eine enge Verbindung. Die von entlassenen Soldaten mitgeführt wurden war, wurde zerstört.

In Sankt Petersburg wurde der 1. Mai so begangen, wie es sich für ein kapitalistisches Mutterland gehört.

In Tokio kam es im Anschluß an die Massenunruhen der letzten Wochen zu schweren, blutigen Unruhen, bei denen 20 Juden und 10 Araber getötet, und mehrere hundert Personen verletzt wurden.

In England setzen die Massenunruhen das Wachstum des kommunistischen Klassenbewußtseins fort. Die Arbeiter der Londoner Arbeiter im Hyde Park eine Demonstration, die in erster Linie die Freude über die Erträge der letzten Wahlen ausdrückte.

In London wurden verhafteten die Kommunisten zusammen mit den Arbeitern eine gemeinsame Massenunruhen in revolutionären Sinne, während die Arbeiterpartei und Gewerkschaftsbünde der Stadt sich den beschuldigten Sozialdemokraten Elemente als Feinde vorhalten.

Nach aus New York wird das geforderte Aufheben der Kommunisten und Arbeiter bei der Polizei berichtet.

Das deutsch-russische Handelsabkommen

Das deutsch-russische Handelsabkommen ist ein sehr wichtiges Dokument, das die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion regelt. Es enthält Bestimmungen über den Warenverkehr, die Zolltarife und die Rechte der Handelsgesellschaften. Das Abkommen ist ein Beweis für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern.

I. Das vorläufige Handelsabkommen

Artikel I erweitert das Tätigkeitsgebiet der Delegationen für Kriegesgefangenenfürsorge dahin, daß sie mit der Wahrnehmung der Interessen ihrer Staatsangehörigen betraut werden. Den Delegationen werden zur Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Ländern Sondervertretungen ausgestellt. Die Vertretung der R.F.S.R. in Deutschland ist als die einzige Vertretung des russischen Staates in Deutschland zu betrachten.

Artikel II bestimmt, daß der Leiter der Vertretung die Vorräte und Befreiungen der Güter beglaubigter Personen und zugleich haben Mitglieder der Vertretung die Vorräte und Befreiungen der Mitglieder beglaubigter Personen genießen. Bezüglich der bei den Vertretungen beschäftigten Personen, die nicht Angehörige des Aufenthaltsstaates sind, verpflichten sich die beiden Regierungen, die geeigneten Vorkehrungen zu treffen, damit Hausbesuche, Festnahmen und Verhaftungen der Einzelangehörigen für auswärtige Angehörige des Aufenthaltsstaates nicht mitgeteilt werden, die ihrerseits dem Leiter der Vertretung spätestens innerhalb 24 Stunden nach der Festnahme oder Verhaftung davon benachrichtigt wird.

Artikel III regelt die Unterbrechung der Vertretungen.

Artikel IV gestattet der deutschen Vertretung in Moskau die Einfuhr für ihren Betrieb notwendiger Materialien und Lebensmittel in bestimmtem Umfang und abwärts.

Artikel V bestimmt die Art der Beglaubigung.

Artikel VI gibt den Bestimmungen die konsularischen Befugnisse zur Wahrnehmung der Interessen ihrer Staatsangehörigen nach Maßgabe völkerrechtlicher Bestimmungen, Ausübung von Völkerverhandlungen und Gleichberechtigung von Völkern, Vertretung von Völkern und Gleichberechtigung von Völkern, Vertretung von Völkern und Gleichberechtigung von Völkern.

Artikel VII gibt den Bestimmungen den Auftrag auf Veranlassung der Funkstationen und Postämtern die zum amtlichen Verkehr in offener und geschlossener Sprache, sowie auf Kurierdiensten.

Artikel VIII bestimmt unter Punkt 3: Für die deutschen Staatsangehörigen, die sich zu Handelszwecken unter Beobachtung der zugehörigen Vorschriften nach Moskau begeben, wird die Unverletzlichkeit ihres gesamten mitgeführten

Anfere Liste der Sondergerichte verzeichnet bis heute folgende Urteile:

- 269 Angeklagte zu 1131 Jahren 2 Monaten Zuchthaus,
- 228 Angeklagte zu 376 Jahren 4 Monaten Gefängnis,
- 6 Angeklagte zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe und
- 2 Angeklagte zum Tode.

Lebenslänglich Zuchthaus

Der Lokalanzeiger meldet: Halle a. S., 9. Mai. Der Mann Joseph Klingbeil aus Hebra, einer der Adelsführer des Eisenerz-Mulchens, wurde vom Sondergericht in Naumburg wegen vollendeten Hochverrats zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Ein neues Schandurteil

Nordhausen, 8. Mai. Das Sondergericht Nordhausen verurteilte wegen Landfriedensbruch, Aufrührer und Erpressung, Stief zu einem Jahr, Stolberg zu 8 Monaten, Berthold Schwerfeger zu 6 Monaten, Hermann Schwerfeger zu 6 Monaten, Koch zu 8 Monaten, den 19jährigen Weber zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, den jugendlichen Schüler zu einem Jahr Gefängnis, März zu einem Jahr 6 Monaten Gefängnis. Die Verhandlungen dauerten 12 Stunden, die ganze Nacht hindurch.

Leunauer Hoffstandsarbeiter vor dem Ausnahmegericht

(Sondergericht Halle)
Die am Sonnabend zur Verhandlung stehenden Vorgänge hatten sich in Leuna abgepielt. Die Angeklagten waren vorwiegend Hoffstandsarbeiter, die nur deshalb ins Gefängnis gekommen werden konnten, weil sie ihre Aufgabe, die Produktionsmittel nicht betriebsunfähig zu machen, bis zuletzt zu erfüllen bestrebt waren. Angeklagt waren der 27jährige Friedrich Gerrecke, der 21jährige Alfred Müller, der 17jährige Hermann Nothe, der 28jährige Franz Diebler, der 24jährige Kurt Albrecht und der 18jährige Herbert Hehle. Inwendig „herausgelassen“ haben sich überhaupt nur Gerrecke, Diebler und Hehle. G. hat einen Graben unter dem Baum ausgeworfen, um einen Ausgang zu schaffen; der Knabe Hehle hat während einer Versammlung — auf die Fahrer der der Abwesenden aufgepaßt; Diebler führte in Gemeinschaft mit einem Kameraden den von einem Führer freigekommenen Inwendig Kette zum Fiktionsausbruch. Die meisten Angeklagten erklärten, daß sie bei dem Verbrechen, Geld, Wäsche oder ähnliches zu holen, wohl in das Werk hinein, nicht aber wieder herauszuholen wurden. Albrecht konnte schon deshalb an keiner Aktion teilnehmen, weil er durch einen Unfall invalide geworden und selbst zum Stehen unfähig ist. Der R.M.F.D. gehörten nur G. und M. an.

Der Staatsanwalt ließ die gegen Gerrecke erhobene Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat fallen. Er beantragte gegen ihn aber wegen Aufruhrs am bewaffneten Haufen 9 Monate Gefängnis. Seine weiteren Miträte lauteten gegen Müller auf 1 Jahr Gefängnis, gegen Hehle auf 17 Jahre auf 11 Monate auf 4 Monate Gefängnis, gegen Diebler auf 1 Jahr Gefängnis, gegen Albrecht auf 5 Monate Gefängnis und gegen Hehle auf 5 Monate Gefängnis.

Das Gericht kam dem Vorstoß des Landesrichters Richter ein nach über die Strafen des Staatsanwalts hinaus. Es verurteilte Diebler zu 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Gerrecke und Müller zu 1 Jahr Gefängnis, Hehle zu 4 Monaten Gefängnis, Albrecht zu 5 Monaten Gefängnis und Hehle zu 5 Monaten Gefängnis.

Die weiße Justiz

Berlin. Die kürzlich vor dem Sondergericht Berlin I festgestellten Verhandlungen gegen die Teilnehmer an dem Dynamitanschlag gegen das Kabelwerk Rastatt hant heute noch ein Beispiel vor demselben Sondergericht. Unter den damals Angeklagten befand sich auch der Arbeiter Ernst Heber, gegen den das Verfahren ausgesetzt werden mußte, weil er einen Alibibeweis angebracht hatte. Er stand unter der Anklage des Landesverrats, des Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz und des Verbrechens gegen das Entwaffnungsgesetz. Der Angeklagte gab zu, daß er in dem Lokal Bergmannstraße 1, wo eine Bezirksversammlung der kommunistischen Partei stattgefunden, verlegt habe, bestritt aber, an dem Anschlag irgendwie beteiligt gewesen zu sein. Sämtliche Umstände wurden festgehalten. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu fünf Jahren und 3 Monaten Zuchthaus und Zulassung der Polizei.

Hamburg. Wegen verbotenen Waffenbesitzes waren vor dem außerordentlichen Gericht in Hamburg angeklagt der Arbeiter Blasius Weggen und der Arbeiter Wilhelm Winter. Auf Anweisung hin wurden bei den Angeklagten Durchsuchungen der Wohnungen vorgenommen. Bei W. fand man eine Wadepfeife mit einer Gasmaske, Minder, eine Handgranate und einige Wadepfeifen. bei W. einen Revolver mit 4 Patronen. Die gefundenen Gegenstände haben sie zum Andenken behalten wollen. Das Gericht verurteilte W. wegen Nichtablieferung militärischer Gegenstände zu zwei Monaten Gefängnis. W. sagte aus er habe den Revolver mit vier Patronen einem Arbeiter abgekauft, lediglich, um ihm aus der Geldnot zu helfen. Das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis.

sowie des in Russland erworbenen Eigentums durch die R.F.S.R. gewährt, sofern der Erwerb und die Verwendung derselben den mit den ausländischen Organen der R.F.S.R. besonders getroffenen Vereinbarungen entspricht.

Artikel II gestattet den Personen in Russland, welche die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, aber verloren haben, mit Bewilligung der Polizei.

Artikel I gestattet den Schiffen in den grenzüberschreitenden Territorialgewässern und Häfen die Behandlung und völkerrechtlichen Herkommen.

Artikel II bestimmt, daß jeder alle Befugnisse genießen werden, um die Wiederaufnahme des Post-, Telegraphen- und Funkverkehrs baldmöglichst zu ermöglichen.

Artikel III bestimmt, daß die russische Handelsvertretung in Deutschland als amtliche Handelsstelle für den Rechtverkehr auf dem Gebiet als legitimierte Vertreterin der russischen Regierung anzusehen ist. Die deutsche Vertretung in Russland nimmt durch ihre Handelsvertretung die völkerrechtlichen Interessen des Deutschen Reiches und seiner Angehörigen wahr.

Artikel IV verpflichtet die russische Regierung, mit deutschen Staatsangehörigen, Firmen und juristischen Personen Rechtsgeschäfte auf dem Gebiet der R.F.S.R. abzuschließen. In Abhängigkeit bleibt das Recht der russischen Regierung, auch die in Deutschland abzuwickelnden Rechtsgeschäfte mit der Sondergerichtsbarkeit zu versehen.

In Abhängigkeit bleibt das Eigentum der russischen Regierung in Deutschland dem herkömmlichen völkerrechtlichen Schutz.

Artikel V regelt die Übergang von Staatsrechten.

Wie die Sipo wütet

Täglich lauter dringen die Nachrichten von der „humanen“ Behandlung, die Seering's „wohlgeschulte Beamte“ der Bewachung und den Arbeitern zuteil werden lassen, an die Öffentlichkeit. Schlimmer als die Tartaren, wie die Bestien, haben Sipo-Deute in Mitteldeutschland gehaust. Seering hat im preussischen Landtag erklärt, es sind keine Gefangenen erschossen worden, wie können jedoch heute wieder 2 Fälle von Gefangenenerschließungen festgestellt werden.

Der Arbeiter Martin Deutsch ist verhaftet worden, als er mit anderen Arbeitslosen von einem anderen Ort nach seinem Wohnort Gleditz ging und nach dem Gefangenentage Schaffelt gebracht worden. Am 4. Februar kommt der Inspektor Schengels in Begleitung eines Sipomannes und verlangt nach unseren Genossen Deutsch. Als Deutsch heraustritt, wird er von Schengels, ohne daß der Sipomann einschreitet, mit dem Stock über das Gesicht geschlagen. Er wird nach einem Schuppen geführt, wo er von Schengels mit einem Beile von hinten über den Kopf geschlagen wird. Kurze Zeit darauf fallen drei Schiffe. Als die Gefangenen im Abend nach Reuna abtransportiert werden, werden sie an die auf einem Sandhauken liegende Leiche des Genossen Deutsch vorübergeführt.

Der Arbeiter Karl Hölz hat sich mit Glas in die Hand geschlagen, so daß er den Arzt, der in Nachbarort wohnt, aufsuchen mußte. Auf dem Heimweg wird er mit noch zwei Arbeitern, die verwundet worden waren, von einer Sipo-Patrouille aufgegriffen, die sie zum Arzt zurückbringen. Auf die Befestigung des Arztes, daß Hölz eine Schnittwunde hat, wird er freigesetzt, während die zwei anderen Arbeiter verhaftet werden. Erneut auf dem Heimweg wird er von einer anderen Patrouille aufgegriffen und kurzgehandelt, nachdem er mißhandelt worden ist, erschossen. Hier wurde ein am Kampf vollkommen unbeteiligter ermordet.

Der Arbeiter Schieferdecke aus Schaffelt ist von ihm mißgünstig gestimmten Personen der Sipo demütigt worden, die ihn dann auch am dritten Feiertag verhaftete. Er wurde mit dem Beil an die Wand gefesselt und mit Gummistiefeln, Seilengewebe und Doppeln mißhandelt. Er wurde zu Lauscha, Anlebens und Hingelen unter fortwährenden Schlägen gezwungen. Schließlich lagte ein Wachmeister zu ihm, dem Bruder ist doch im Knappstuch gefallen. Auf die Frage, als was er gefallen ist, antwortet Schieferdecke: „Als Feiheitskämpfer“. Nein, als Lump ermordet der Wachmeister. Er wird solange geschlagen, bis er, dem zusammenbrechen nahe antwortet: „Mein Bruder ist als Lump gefallen.“

Alle diese Schaulustigkeiten hat die Düsseldorf Sipo auf dem Gewissen. Das Ministerium des Innern und daran Staatsanwalt hätten hier ein Bestätigungsfeld, wo sie Arbeit haben in reichlicher Fülle. Wird Herr Seering, wird Herr Weiskamm hier einschreiten? Ein Narr, der es glaubt.

Ein weiterer Bericht besagt: Am zweiten Osterfeiertag wollte ein Genosse seine Frau, die in einer Sitzung des Provinzialparlamentes in Rerfeld war, von dort abholen. 2 Genossen begleiteten ihn. In Amundorf wird er von Sipo eingekerkert, die von Autos auf die drei Mann schossen, obgleich sie mit hochgehobenen Händen stehen blieben. Sie werden mit Gewehrstoßen und Seilengewehren geschlagen. „Hier der Länge, das ist der General, der muß folgeschlagen werden“, schreit ein Genosse, reißt ihm die Taschen auf und nimmt ihm die Wirtsel; weil er eine goldene Uhrkette hat, sollte sie gestohlen sein.

Der andere Genosse, der ihn begleitete, wird ebenfalls gefoltert, ihm werden die Sachen vom Leibe gerissen, die Briefe, die Papiere, einige von ihm verfasste Gedichte und 300 Mark Geld entzogen, abgenommen, die er nie wieder zu sehen bekam.

Ein Offizier ließ sie mit dem Gefolge zur Seele hinführen und gab den Befehl, sie zu erschließen. Die Mannschaften, obgleich sie die Gefangenen mißhandelten, weigerten sich, sie zu erschließen. Sie wurden mit Autos verladen und so vor der Sipo in den Kampf gegen Winter ihren Leibern ging die Sipo vor.

Ein Genosse „auf der Flucht“ erschossen

Nach dem Kampf eingebrachte Gefangene, auch solche, die nicht am Kampf beteiligt waren, wurden derart mißhandelt, daß auf einem Auto allein 2 Genossen abgebracht wurden. Sie wurden dann in die Wiesburger Sipo-Kaserne abgeführt, wo sie bis zur Turnhalle Spielkarten laufen mußten. Mit Gummistiefeln und Seilengewehren wurde auf sie eingeschlagen, in der Turnhalle wurden sie von einer neuen Kasse empfangen, die die Mißhandlungen fortsetzte, bis schließlich ein Leutnant einschritt, der die Bestien aus der Turnhalle trieb mit den Worten: „Vorwärts, raus, die Gefangenen sind auch Menschen!“

Bei der Personalaufnahme wurde jeder einzelne nochmals großartig mißhandelt, dauernd wurde ihnen gesagt, sie werden erschossen.

Für alle diese Mißhandlungen sind Zeugen vorhanden.

Kommunistenjagd in Bageri

Der Lokalanzeiger berichtet: Der Kommunist Bezirkssekretär Zäuner, Leiter des Gaues Elbbagern, früher in Augsburg, ist wegen Vorbereitung zu Sprengstoffattentaten auf seinem Bauernanwesen in Baar bei Jagolstadt verhaftet worden.

Polizeistimmen in Breslau

In Breslau wurde seitens der Behörde dem Drucker unseres Breslauer Parteiorgans sowie dem gesamten Sekretariat personal das sofortige strafrechtliche Einschreiten in Aussicht gestellt, falls die „Schlechte Arbeiterzeitung“ im bisherigen inhaltlichen Sinne weiterverleitet. Um das Zeitungsunternehmen lahmzulegen, wurde gleichzeitig der Geschäftsführer, Genosse Bernhard Kuhl, verhaftet.

Seit dem verhängten Presseprozeß von 1906 ist es noch nicht vorgekommen, daß man technisches Zeitungspersonal wegen des politischen Inhalts der von ihnen hergestellten Zeitung unter Anklage stellte.

II. Das Ergänzungsabkommen

Das Ergänzungsabkommen über die Heimischung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten bestimmt, daß der Heimtransport der ehemaligen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten mit größter Bequemlichkeit durchgeführt werden soll. Eine Zurückhaltung von Kriegsgefangenen wegen Verstoßen gegen die Disziplin und strafbarer Handlungen vor dem Tage der Unterzeichnung des Ergänzungsabkommens findet nicht statt. Nachforschungen nach Vermissten und Verstorbene, Ausstellungen von Todesurteilen und Mitteilungen über Grabstätten, Instandhaltung letzterer, Ubergabe von Nachlässen etc. werden nach Möglichkeit gefördert. Die Eigentumsrechte der ehemaligen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten werden gewahrt und durch eine deutsch-russische Kommission mit dem Sitz in Moskau unter Beobachtung der gegenseitigen Gesetze geregelt.

Was die russischen internierten Heerangehörigen in Deutschland, als die alle Personen anzusehen sind, die als Angehörige der russischen Sowjetarmee die deutsche Grenze überschritten haben, angeht, so verpflichtet sich Russland, die von der deutschen Regierung vorgelegten und festgestellten Listen zurückzugeben.

Artikel IV besagt, daß die beiderseitigen Vertretungen und die bei ihnen beschäftigten Personen sich streng auf die ihnen nach diesem Abkommen zufallenden Aufgaben zu beschränken haben. Insbesondere sind sie verpflichtet, sich jeder Agitation oder Propaganda gegen die Regierung des Aufenthaltsstaates zu enthalten.

Artikel XVI und XVII enthalten Schutzbestimmungen, wie Infrastruktur, Kündigungspflicht und Abwicklung.

Wirtschaftliches Drohende Betriebsstilllegungen

M. Seit dem 23. November 1920 ist eine Verordnung über Betriebsstilllegungen in Kraft, durch die die in der Nachkriegszeit ununterbrochen stattfindenden Betriebsstilllegungen und Abbrüche eingedämmt werden sollen. Diese Verordnung, so unvollkommen sie ist und so leicht sie vom Unternehmertum umgangen werden kann, wird heute wieder von dem Unternehmertum stark bekämpft. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 15. April 1921 schreibt darüber:

„In dieser Frage, die infolge der mangelhaften Lage unseres Wirtschaftslebens jetzt für manchen Unternehmer aktuell werden wird, kann der Arbeitgeber nicht frei entscheiden. Die Verordnung vom 8. November 1920 betr. Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stilllegungen legt ihm bei seinen Entscheidungen außerordentlich weitgehende Verpflichtungen auf und dürfte sich ein Eingehen auf die gesetzlichen Bestimmungen dieser Verordnung um so eher rechtfertigen lassen, als die in ihr vorgesehene Maßnahmen von eminentester Bedeutung für unsere Volkswirtschaft werden können.“

Was das Unternehmertum an der Verordnung kritisiert, ist ohne weiteres klar. Die kleinste Beschränkung seiner Willkür bei Stilllegung oder Fortführung der Betriebe ist ihm heilig, um so mehr, als die durch die wirtschaftlichen Sanktionen der Entente geschaffene Lage die Möglichkeiten einer profitbringenden Fortführung des Unternehmens sehr erschwert.

Die deutsche Industrie hatte sich in der letzten Zeit immer mehr auf die Ausfuhr nach dem Auslande eingestellt, da das Ausland den Valutaunterschied ausnutzte und so die Waren sehr viel höher bezahlen konnte. Seitdem nun in den meisten ausländischen Staaten der 50-prozentige Zoll auf deutsche Waren erhoben wird, seitdem im Westen von England und Frankreich die Zollgrenze errichtet wurde, wird der deutsche Export immer mehr unterbunden. Damit hören für das Unternehmertum die Profite auf, die ihm aus der Ausfuhr zufließen. Das Unternehmertum rüft zur Stilllegung.

So schreibt das Organ der Schuhindustriellen: „Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß falls die geplante Ausfuhrabgabe in irgendeiner nennenswerter Höhe in Kraft tritt, eine ganze Reihe von Fabriken gezwungen sein wird, ihre Betriebe zu schließen.“

„Näute und Leder“ vom 24. 3. 1921.)
„Wöchentlich schreibt die „Legit-Woche“ vom 17. 3.: „Es ist bereits jetzt ein großer Teil der zwischen Deutschland und den alliierten Ländern laufenden Export- und Importaufträge zurückgezogen worden, so daß in kürzester Zeit mit einem vollständigen Darniederliegen des Exportgeschäftes nach den alliierten Ländern zu rechnen ist. Damit wird wahrscheinlich eine weitere erhebliche Zuspitzung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise eintreten, die in einem neuen Anschwellen der Arbeitslosen ziffer ihren unmittelbaren Ausdruck finden dürfte.“

Daß diese Pressenotizen durchaus ernst zu nehmen sind, beweist eine Zusammenstellung über Betriebsbeschränkungen in der Düsseldorf-Eisenindustrie, die sich in der „Deutschen Zeitung“ vom 21. April 1921 findet:

„Die Lage der Eisenindustrie im Düsseldorf-Berliner Bezirk kann zur Zeit nicht als befriedigend betrachtet werden. Wegen Arbeitsmangel haben allein in den letzten Wochen folgende Einschränkungen im Betriebe vorgenommen werden müssen: Die Firma Haniel u. Lueg verkürzte die Arbeitszeit auf 36 Stunden, die Niederrheinische Röhrenindustrie hat wegen Auftragsmangel die Arbeitszeit auf 32 Stunden eingeschränkt. Die A.G. de Fries u. Co. hat wegen nicht genügender Beschäftigung bis auf weiteres den Sonntagsbetrieb eingestellt.“

Wöchentlich steht es in der Württembergischen Industrie. Der „Wörschen Zeitung“ vom 21. April wird aus Stuttgart berichtet:

„Die Wirkung der Sanktionen kennzeichnet sich in der württembergischen Industrie durch Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen. So hat in Stuttgart die Firma Bosch 600 Arbeiter entlassen, die Firma Eisenmann 150. Verschiedene andere große Firmen haben ihre Betriebe ganz geschlossen.“

Dabei sind die vollen Auswirkungen der Sanktionen noch nicht erfolgt. Das Unternehmertum will sich heute noch dem Auslande gegenüber stark zeigen. Daher hiedrängt man mit der Arbeiterschaft und sucht einstweilen Entlassungen nach Möglichkeit zu vermeiden. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 20. März spricht dies ganz klar aus:

„Wichtig ist es, daß auch bei plötzlich eintretender Absatzstörung die Industrie nicht sofort zu Arbeitsreduzierungen oder gar Arbeiterentlassungen schreitet, sondern wo irgend möglich versucht, kurze Zeit auf Lager zu arbeiten. Wichtiger als je ist es, in der Industrie die Reserven zu behalten und auch nicht durch

Zum Dritten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale

Das Zentral-Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale richtet an alle Parteien und Organisationen, die der kommunistischen Internationale angehören oder ihr beitreten wollen, folgenden von Sinowjew und allen Mitgliedern der Exekutive gerichteten Brief:

„Der 3. Weltkongreß ist zum 1. Juni nach Moskau einberufen. Nach dem 2. Kongreß haben die meisten Parteien eine breite Diskussion über die von der Exekutive gegebenen Punkte durchgeführt. Fast überall ist es zur Spaltung zwischen Kommunisten und Zentrifugen gekommen. Dies war die Zeit der Herausbildung und Konsolidierung weltlicher kommunistischer Parteien. Der dritte Kongreß wird aus dieser geleisteten Arbeit den Schluß zu ziehen haben, er wird der Internationale die endgültige Form und Taktik geben. Auf der Tagesordnung des 3. Kongresses steht zunächst der Bericht des Exekutivkomitees. Dieses hat unmittelbaren Anteil an der Kampagne und den Spaltungen in vielen Parteien, welche diese letzte Periode kennzeichnen. Das Exekutivkomitee wird über seine Beschlüsse vor dem 3. Kongreß Rechenschaft ablegen und dieser wird sein Urteil sprechen müssen. Der zweite Punkt der Tagesordnung betrifft die Weltwirtschaftskrise und die neuen Ziele der Internationale. Durch Abwägung der Tatsachen und Analyse dieser Krise wird der Kongreß den Arbeitern der ganzen Welt die Unrichtigkeit der reformistischen Auffassung zu beweisen und die Sicherheit jener, welche da glauben, daß die Erneuerung des Kapitalismus möglich sei, zu zeigen haben. Der 3. und 4. Punkt der Tagesordnung betreffen die Taktik der Internationale während der Revolution und der Uebergangsperiode: Teilforderungen, Teilsaktionen und schließlich den revolutionären Endkampf. Der Kongreß wird die Erfahrungen der Arbeiter Russlands, Deutschlands und anderer Länder in Rechnung stellen. Er wird aufs genaueste die Taktik der kommunistischen Parteien formulieren müssen, die einerseits frei vom Sektierertum unterjocht nach hinläufigen Erfolgen, andererseits zur engen Verbindung mit den Massen des Proletariats führen und dem revolutionären Marxismus unwandelbar treu bleiben muß. Punkt 5 und 6 sind: Die Gewerkschaftsbewegung, der Kampf gegen die gelbe Amsterdamer Internationale, der internationale rote Gewerkschaftsrat. Hier wird sich der Kampf zwischen der 2. und 3. Internationale entscheiden, d. h. zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Der Kongreß wird die wechselseitigen Beziehungen zwischen dem internationalen roten Gewerkschaftsrat und der kommunistischen Internationale zu bestimmen haben. Von der gefundenen Lösung wird vieles in der Struktur der internationalen Arbeiterbewegung abhängen. Alle Organisationen müssen diese Frage studieren und zum Kongreß mit wohlüberlegter Entscheidung kommen. Punkt 7 und 8 beschäftigen sich mit Fragen der inneren Organisation der Parteien.

Wir werden zu prüfen haben: 1. die Konstitution der einzelnen Parteien für sich; 2. die Grenzen der zulässigen Autonomie gegenüber der Exekutive und der Konzentration, welche zur Führung des internationalen Kampfes des Proletariats notwendig ist. Mit anderen Worten: Auf welchen Grundlagen soll die Internationale aufgebaut sein, damit sie ihre Mission erfolgreich erfüllen kann? Punkt 9 betrifft die Frage des Ostens. Während diese beim 2. Kongreß theoretisch abgegrenzt wurde, müssen wir sie jetzt praktisch bestimmen. Punkt 10 ist von wesentlicher Bedeutung. Es ist dies die italienische Frage. Unter dem zentralistischen Einfluß Scerralis hat der Kongreß von Livorno die Anwendung der 21 Bedingungen des 2. Kongresses abgelehnt. Die kommunistischen Arbeiter haben eine kommunistische Partei gegründet, die allein italienische Sektion der kommunistischen Internationale anerkannt worden ist.

Die sozialistische Partei Scerralis ist aus der kommunistischen Internationale ausgeschlossen worden. Scerrali hat gegen diese Entscheidung an den dritten Kongreß appelliert. Das Exekutivkomitee legt gerne diese Angelegenheit dem 3. Kongreß zur Entscheidung vor. Die italienische Frage hat internationale Bedeutung bekommen durch das Echo bei der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands. Der Kongreß wird in dieser Angelegenheit volle Klarheit bringen und zu einer Lösung von erforderlicher Tragweite führen. Die Tagesordnung beschäftigt sich ferner mit der Haltung der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, mit der Frauen- und Jugendbewegung. Endlich wird das Exekutivkomitee die Frage der Wirtschaftspolitik und der Lage Sowjetrusslands auf die Tagesordnung bringen. Wir fordern alle Parteien und Organisationen, welche der kommunistischen Internationale angehören, auf die Fragen der Tagesordnung des Kongresses sogleich auf breiter Grundlage zur Diskussion zu stellen. Die Wahlen sollen unbedingt angeht werden. Das Exekutivkomitee lädt alle Parteien ein, möglichst große Delegationen zu entsenden, so zwar, daß diese zu einem Drittel aus Mitgliedern des Zentralkomitees der Partei, zu zwei Dritteln aus denen der Lokalorganisationen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den Massen stehen, bestehen. Der Kongreß soll möglichst viel Arbeiter umfassen und so den Geist der Proletariatsmassen widerspiegeln. Das Zentral-Exekutivkomitee verlangt, daß auch Frauen und Jugendliche vertreten seien. Die Beschlüsse des 3. Kongresses müssen durch Duzende, durch hunderte von Versammlungen von den Arbeitern vorbereitet und überlegt werden. Die Zeit drängt. Rast an die Parteiarbeit! Das Zentral-Exekutivkomitee bittet die Parteien, Berichte ihrer Tätigkeit im Laufe dieses Jahres einzusenden und bei dieser Gelegenheit die Berichterstatter zu den verschiedenen Punkten der Tagesordnung zu bestimmen.“

falsche Maßnahmen die Widerstandskraft unserer Arbeitnehmers zu erschüttern.“

Das Unternehmertum also gibt gegenüber den Sanktionen der Entente die Parole heraus „Durchhalten“. Unter dieser scheinbar passiven Parole nimmt es den Wirtschaftskrieg gegen die Entente auf, indem es die Ausfuhr, die durch die Sanktionen unterbunden werden soll, mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten sucht. Darum versuchen die Unternehmer auch im Innern eine Einheitsfront herzustellen, solange noch der Konflikt mit der Entente besteht, darum der Ratschlag der Unternehmerpresse, auf Lager zu arbeiten und die Betriebe einzuweilen nicht zu schließen.

Die Arbeiterschaft muß demgegenüber erkennen, wo der Feind steht. Sie muß wissen, daß diese friedlichen Töne erstickt werden von dem hemmungslosen Bestreben, die Forderungen der Entente im vollsten Ausmaß auf die Arbeiterschaft abzuwälzen.

Unter den jetzigen Verhältnissen muß der Kampf gegen das Arbeitslosenproblem zum Zentralproblem des Kampfes werden. Sofort und unverzüglich muß der unausweichliche Kampf vorbereitet und eingeleitet werden. Die Forderungen des ADGB, die das Minimum dessen enthalten, was sofort erkämpft werden muß, enthalten die Parolen mit denen die Arbeiter in den Kampf eintreten werden.

Sanktionen und Braunkohlenkrise

Die Börse ist schon kräftig dabei, die kommende Besetzung des Ruhrgebietes auszubuten. Da sie mit einer Steinhohlenknappheit der hohlenvorbereitenden Industrie Deutschlands rechnet, und da die Braunkohlenwerke von dieser Knappheit voraussichtlich erheblich profitieren werden, schnellen die Kurse von Braunkohlenaktien sprunghaft in die Höhe. So wurde der Kurs der Phönix-Braunkohlen-Aktie auf über 1000 Prozent gejagt. Die Phönix-Mt.-Ges. für Braunkohlenverwertung zu

Berlin hat ihren Hauptbetrieb im Neufelder Revier. Die Gesellschaft hat ferner eine eigene Kohlenhandlung in Berlin.

Die Kurssteigerungen am Markte der Braunkohlenwerte hängen jedoch nicht nur mit der Hoffnung auf erweiterte Fortsetzung des im Kriege schon gesteigerten Braunkohlenab Absatzes, sondern auch mit Vertrauensgerichten zusammen. Anscheinend soll die Phönixgesellschaft in einen Konzern hineingeholt werden. Die großen Montankongerne des Westens nehmen schon seit längerer Zeit Interesse an der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie. Besonders auch Stinnes, zu dessen Kreis die Riebeck'schen Montanwerke gehören. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Beschlagnahme des Ruhrkohlenbergbaues durch die Entente eine schnelle Konzentration des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues zur Folge haben wird, ebenso wie die Beschlagnahme der linksrheinischen Montanproduktion zu einer raschen Konzentration der rechtsrheinischen Werke führte.

Es ist das der Beginn des Staatskapitalismus, den die Engländer befürchten. Die englische bürgerliche Presse spricht schon von der Verstaatlichung der Ruhrindustrie durch Frankreich mittels der zentralen staatskapitalistischen Verwaltung, die die Verwirklichung der Sanktionsbestimmungen erfordert. Die Sanktionen der Entente nicht nur die deutsche Rohstoffbasis und beschleunigen dadurch den Zusammenbruch der Unternehmungen, sie ziehen auch naturnotwendig diesen Zusammenbruch des Rohstoffes nach sich, weil die staatskapitalistische Verwaltung als Gesamtverwaltung eines Rohstoffgebietes die Gesamtverwaltung des Schuldnergebietes verlangt. Mit anderen Worten: Die deutsche Industrie, repräsentiert durch Stinnes und Interessensvertretung durch die Regierung, tritt mit der französischen Industrie, repräsentiert durch Loucheur und Interessensvertretung durch die französische Regierung in direkten Verkehr. Im besten Sinne des Wortes entsteht nunmehr der Industriezweig, dessen Leiter nicht mehr die Staatsmänner alter Art, sondern die Produzenten der Industrie sind. Für das Proletariat haben und drüben bedeutet das eine ungeheure Gefahr, aber auch die Möglichkeit einer revolutionären Einigung, da von beiden Seiten nunmehr der Produktionszusammenhang viel besser begriffen werden kann als früher. In dem Maße wie das Kapital sich konzentriert, schließt es auch das Proletariat zusammen, das eine viel geschlossenere Macht als bisher werden muß.

Vom roten Moskau bis zum schwarzen Meer

Von Max Barthel

Am selben Tag konnten wir nach Charkow, der Hauptstadt der Ukraine, und wir, aus dem Dunkel unseres westlichen Kampfes stehen gelassen im Licht, das uns jetzt umgibt. Wir sind Fabrikarbeiter und Mechaniker, Bäcker oder frühere Kaufleute, Fabrikarbeiter oder Zeitungsredakteure, und als wir aus dem Zug aussteigen, da wird die Internationale gespielt, die schon Reihe der Roten Offizierskavallerie richtet sich aus, da begrüßt uns Genosse Petrowski, der Präsident der Sowjetukraine, Petrowski, der brüderliche Revolutionär, der auch jetzt noch mit den Arbeitern seine Zigaretten und sein Brot teilt, Petrowski, der in der ersten Duma lag und in Sibirien zwölf Jahre Ketten trug für die Freiheit des Volkes. Da ist der kleine quackfüßige Kaminski, Organisations- und Revolutionär in der Schweiz, jetzt Volksbeauftragter für das Agrarwesen, und hier steht im grauen Notarnissenfittel Katorowski, der Volksbeauftragte für äußere Angelegenheiten. Wir gehen durch eine Reihe weißgekleideter Kinder, die uns mit vielen Blumen beglücken. Der Platz vor dem Bahnhof ist feierlich geschmückt, und aus der schwarzen Menge leuchten die weißen Kleider der Frauen und Mädchen. Der erste Eindruck von Charkow ist die heiter bewachte Stadt im Grünen. Durch Triumphbögen und wehende Fahnen fahren wir mit unseren geschmückten Autos nach der früheren Knechtstube, die außerhalb der Stadt liegt. Ueber vierzigtausend Menschen sind hier versammelt. Die rote Armee hat Kofaken, Kanonen und Soldaten

haben sich im Krieg gegen Polen zwölftausend Mann freiwillig zur Roten Armee gemeldet. Aus den Dörfern der Umgegend sind die Bauern und die jungen Mädchen in ihren bunten fröhlichen Kleidern gekommen. Von den Tribünen reden die Deutschen und die Italiener, die Franzosen und die Tschechen gewalttätig und begeistert in die Menschenmassen. Der Sieg der Arbeiter in Charkow steigert die Redner über sich selbst hinaus, und sie reden von ihren Kämpfen und dem morgigen Sieg. Die Photographen haben viel zu tun, und eine Felderreihe wird aufgestellt: Lunatscharski und Bonabacci, Humbert-Proz und ich. Die Arbeiterinnen in roten Kopftüchern sind aus den Fabriken gekommen und eine Genossin aus Petrograd fragt nach Sinowjew. Die Arbeiter und Arbeiterinnen von Petrograd sind über ganz Rußland verstreut; ob sie nun in Charkow oder in Petrograd und daneben Sinowjew. Nach dieser Massenversammlung zogen die Arbeiter, die Frauen und die Jugendlichen in mächtigen Jüngen nach der Stadt; sie sangen revolutionäre Lieder und trugen ihre heiligen Fahnen voran. Den Abend beschloß der Vorbeimarsch der roten Soldaten und als schönstes eine wilde Parade der Kofaken mit geschwungenen Säbeln und ein Zug Artillerie mit ihren Geschützen.

Das Schicksal Charkows ist seit drei Jahren ein wechselvolles. Die Fahnen über dieser Stadt sind oft heruntergeholt worden. Die zaristische Fahne mußte werden der kommunistischen, bis der Petman Stworobagi mit Hilfe der Deutschen die rote Fahne herunterriß. Aber auch Stworobagi und die ihm folgende Rada wurden besiegt von der andrängenden proletarischen Revolution. Die Ukraine ist das Aufmarschgebiet für die Kontarrevolution geworden, die vom Süden heraufkommend, viele Male veranlaßt nach dem von Sinowjew

die Opfer wie Vieh hingemehelt wurden. Die deutsche Invasion kam mit transportablen Galgen und mähete mit ihren Maschinengewehren die Aufständischen zehntausenden hin. Die teuflischsten Geiseln der Weissen wurden hier am Leibe dieses Landes zum ersten Male ausprobiert. Rada genügt die Massenerschießungen nicht mehr, und der Kommandierende der Deutschen Armee schickte nach dem Zusammenbruch Stworobagis an den Ataman des Zagajowischen Bezirks folgenden Befehl: „Machen Sie der Bevölkerung ihres Bezirks bekannt, daß von mir spezielle Gasommandos geschickt werden. Sollten sich die Aufständigen widersetzen, werden ohne Rücksicht und Erbarmen giftige Gas auf sie gelassen.“

Die Kämpfe im Zusammenbruch der alten und im Aufbau der neuen Macht sind mit der erbittertesten in ganz Rußland. Die kaum formierte rote Armee hat sich in diesen Kämpfen mit unerbittlichem Ruhm bedeckt. Da ist das Regiment „Karl Marx“, das sich bei der Einnahme der kleinen Stadt Wisk glorreich hervorgehoben hat. Als es den Befehl erhielt, Wisk zu nehmen oder zu sterben, ging es mit wehenden Fahnen und revolutionärem Gesang vor. Von einem Hagel von Geschossen empfangen, dankten die Roten keine Sekunde lang und setzten ihren Vormarsch so lange fort, bis die Kasanowischen Kofaken in wilder Flucht wichen. Dem roten Regiment „Karl Marx“ wurde die „Fahne der Revolution“ verliehen.

Beim Ausbruch der deutschen Revolution und in den folgenden Tagen verbrüderten sich in vielen Städten die deutschen Soldaten mit den Aufständischen. Viele deutsche Soldatenräte übergaben den roten Regimentern Waffen und Munition und das ganze Kriegsgesetz. Einige deutsche Soldatenräte öffneten selbst die Gefängnisse für die politischen Gefangenen, die unter ihrer

Breslauer Nachrichten

Bei Breslau ein kommunistischer Waffenlager entdeckt.

Nachdem man ein Lager kommunistischer Waffen in Breslau entdeckt hat, konnte es bisher immer noch nicht genau festgestellt werden, weshalb es bisher immer noch nicht genau festgestellt werden konnte, weshalb es bisher immer noch nicht genau festgestellt werden konnte...

Am Montag wurde am Kaiser Waldpark bei Breslau ein weiteres Waffenlager entdeckt. Das die vorhandenen Waffen nicht der Polizei gehören, verriet hier bei dem vaterländischen Komitee dieser patriotischen Organisation von selbst. Diese Waffen können nur von der kommunistischen Kampfgemeinschaft her stammen...

Mit einem der schweren Maschinengewehre ist auch vorige Woche einer der kommunistischen Führer im Automatenkloster gefangen worden. Das Verbrechen lehnen die Breslauer Kommunisten am Montag mit im Demonstrationszuge.

Das vorfindene Belastungsmaterial wird wohl nun endlich den Untersuchungsorganen zugehen, um die verhafteten Kommunisten dem Justizamt zu überantworten und auch weitere Bestimmungen vornehmen zu lassen.

So ungefähr hätte Schmidt schreiben müssen, hätte er der Öffentlichkeit bekannt geben wollen, was er bei dem beschriebenen Vorfall gesehen hat.

So ist diese Seite Journalist oder geistlos, und sie vor jeder Seite wie folgt:

Seit mehreren Wochen war es bekannt geworden, daß die kommunistische Kampfgemeinschaft in der Umgebung von Breslau Waffen versteckt hatte. Trotz eifriger Bemühungen der Kriminalpolizei war es nicht möglich, bisher die Waffenreste vollständig zu machen. Am Montag wurde durch ein größeres Sicherheitspolizeiaufgebot eine genaue Abklärung des ganzen Geländes am Kaiser Waldpark bei Breslau durchgeführt. Dem Park selbst vorgenommen. In der Nähe der Reichshöhe wurde eine verlässliche Stelle wahrgenommen. Ein hängengewebener Netzschleier grub dort nach und es wurden mehrere schwere Maschinengewehre, Karabiner, Gewehre und viel Munition in Kästen gelagert. Die Waffen und die Munition waren ausgezeichnet verpackt, so daß sie gegen Feuchtigkeit geschützt waren. Nach der Verpackung und dem Anheben des Zunderes zu schließlichen Lager der Waffen im mehrere Wochen im Versteck. Gras und Unkraut waren schon hoch gewachsen. Namentlich nach der Winternzeit war die Feuchtigkeit sehr gefährlich, da diese bei einer kommunistischen Nachversteigerung in Breslau gesehen worden waren.

So ist die Seite Journalist oder geistlos, und sie vor jeder Seite wie folgt:

Seit mehreren Wochen war es bekannt geworden, daß die kommunistische Kampfgemeinschaft in der Umgebung von Breslau Waffen versteckt hatte.

Am Montag wurde durch ein größeres Sicherheitspolizeiaufgebot eine genaue Abklärung des ganzen Geländes am Kaiser Waldpark bei Breslau durchgeführt. Dem Park selbst vorgenommen. In der Nähe der Reichshöhe wurde eine verlässliche Stelle wahrgenommen. Ein hängengewebener Netzschleier grub dort nach und es wurden mehrere schwere Maschinengewehre, Karabiner, Gewehre und viel Munition in Kästen gelagert.

Verlässliche Nachrichten.

Die Ereignisse der letzten Wochen sind im Breslauer Arbeiterleben nicht ohne Bedeutung. In Breslau sind die Arbeiterbewegungen sehr lebendig. Die Arbeiter sind sehr organisiert und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegungen sind sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegungen sind sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegungen sind sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegungen sind sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegungen sind sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Das schändliche Verhalten der Breslauer Sozialisten. — Wo bleibt der Proletariat? — Die „Sozialwacht“ fordert die Mobilisierung der Arbeiter.

Die Breslauer Sozialdemokraten sind auf ihre radikale Haltung sehr stolz. Schon immer haben sie sich für den linken Flügel ihrer Partei und bekannten besonders sehr. Seitdem die SPD. wieder Sozialdemokratie geworden ist, hat die Breslauer Partei in die Hand genommen. Sie haben schon in einem besonderen Artikel unsere Kritik an der Haltung dieses Sozialdemokraten ausgesprochen und hier gesagt, daß die Arbeiterbewegung allen Grund hat, allen diesen Sozialdemokraten entgegenzutreten. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Gammelt für die „Rote Hilfe!“

Es ist eine sehr wichtige Sache, die wir hier besprechen wollen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen. Die Arbeiterbewegung ist sehr lebendig und kämpfen für ihre Interessen.

Aus der Provinz

Genossinnen! Genossen!

Euch allen wird bekannt sein, mit welchen rigorosen und brutalen Mitteln die Breslauer Polizei unsere Presse zu unterdrücken versucht. Da nach einer Klage des Herrn Kriminalkommissars Loh keine rechtliche Grundlage für das Verbot der Zeitung besteht, versucht man es auf andere Weise. Dem Druckereipersonal und dem Besitzer der Druckerei ist von dem Herrn Oberstaatsanwalt eröffnet worden, daß er sie verhaften würde, wenn sie noch einmal durch ihre Arbeit (setzen und drucken) den Kommunisten in ihrem hochverräterischen Treiben Beihilfe leisten würden. Aus diesem Grunde hat der Besitzer der Druckerei die weitere Herstellung verweigert.

Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ konnte deshalb einige Tage nicht erscheinen. Da wir aber die Gesetzesausslegung des Oberstaatsanwalts nicht anerkennen und weil wir der Heberzeugung sind, daß gerade in der jetzigen Situation die Herausgabe einer kommunistischen Zeitung dringend notwendig ist, haben wir uns anderweitig bemüht.

Wir bitten alle unsere Leser, sich durch die Unterdrückungsmethoden der Breslauer Polizei nicht irre machen zu lassen. Gerade diese Tatsachen müssen uns zeigen, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Ein neuer Anlauf muß dies sein für alle Kommunisten mit der größten Energie für die Weiterverbreitung unserer Zeitung Sorge zu tragen.

Wir möchten aber auch hier wieder darauf aufmerksam machen, daß die Genossen, die von den Ortsgruppen damit beauftragt sind, uns dauernd über die Vorgänge in ihrem Ort und Bezirk auf dem Laufenden zu halten, ihren Verpflichtungen gerade jetzt in erhöhtem Maße nachkommen müssen. Wenn auch einige Zeitungen nicht kommen, darf doch die Berichterstattung aus der Provinz nicht versagen.

Die Ortsgruppenleitungen müssen die Anmeldungen für Parteiveranstaltungen mindestens zwei Tage vorher einreichen. Noch einmal: alle Kräfte angepannt, um den Gedanken der Befreiung des Proletariats aus Elend und Anechtlichkeit zu vollbringen. Alle Kräfte zusammengefaßt, denn werden wir trotz aller Schikane — siegen.

Raubbau an Menschenleben.

Waldenburg. Erst vor einigen Wochen ging durch die Bergbauverwaltung des Waldenburger Bergwerks eine ungeheure Katastrophe vor. Die Arbeiter wurden durch ausströmende Kohlenstaub vergiftet. Obwohl die Bergbauverwaltung wußte, daß die Bergwerke an äußerst gefährlichem Ort arbeiteten, hat sie nichts getan, um das Leben der Bergleute zu schützen. Durch Arbeiten mit Gasmaschinen, aber durch Ausstellen der Rettungsmannschaft mit Masken und Sauerstoffapparaten neben den Arbeitenden solange die unmittelbare Gefahr besteht, hätte unserer Meinung nach das Unglück verhindert werden können.

Nach und die Blumen auf den Gräbern der Opfer der kapitalistischen Hauptwirtschaft nicht verwelkt, kommt schon wieder die Nachricht von einem neuen Unglück im Waldenburger Revier. Der Bergbauer Kürzel ist in der 3. Drahtschachtabteilung 1.1 einbrechenden Gesteinmassen getötet worden. Der Bergbauarbeiter mußte ganz allein an einer abgelegenen Stelle alte Schichtstößen auswechseln. Die Bergbauverwaltung hat nun an den gefährlichsten Stellen die Helfer auszuwechseln. Sie läßt aber nicht die geringsten Vorsichtsmaßnahmen treffen. Sie stellen zur Auswechslung zu wenig und untaugliches Holz zur Verfügung. Dadurch wird das Leben und die Gesundheit der Bergleute in der gefährlichsten Weise aufs Spiel gesetzt.

Die „Waldenburger Bergwacht“, das Organ der SPD, hat sich vor dem Abbruch der Arbeiterbewegung in den Bergwerken eingesetzt. Es scheint aber, daß die Methoden der Bergbauverwaltung auch auf diesem Gebiete unheilvolle Wirkung zeigen. Jedenfalls enthält sich die „Waldenburger Bergwacht“ von ihren Organisationen zu verlangen, das Augenmerk mehr denn je auf die Bergwerke zu lenken. Aber noch notwendiger ist es, daß die Bergbauverwaltung der einzelnen Bergbauanlagen mit der größten Entschiedenheit verlangen, daß die Schutzbestimmungen eingehalten werden. Weil die Bergbauverwaltung als ein Instrument der Kapitalisten verfaßt, müssen die Bergbauarbeiter Komitees aus der Bergbauverwaltung bilden, die mit allen Maßnahmen ausgestattet, für den wirtlichen Arbeiterschutz sorgen.

Es kann den Bergbauarbeitern nicht genug gesagt sein, daß die gesamte Bevölkerung den Hinterbliebenen die größte Teilnahme entgegenbringt. Die Bergleute werden leben!

Veranstaltungskalender

Samstag, den 14. Mai: Arbeitsabend, 7 Uhr.
Sonntag, den 15. Mai: Tagestour nach den Götterdörfern.
Freitag, den 16. Mai: Zusammenkunft im Jugendheim, 4 Uhr.
Veranstaltungskalender: E. Schmidt, Berlin, Feil. „Die Rote Fahne“, Berlin 314. — Druck: J. G. G. G., Berlin 314.